

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7437.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 Inserats- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Insetate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Verantwortl. Red.: Dr. 1808.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Deutsch-Straße 2.

Mittwoch, den 10. März 1897.

Expedition: SW. 19, Deutsch-Straße 3.

Kreta und die Sozialdemokratie.

Von W. Liebknecht.

Statt Orientfrage habe ich einfach Kreta in den Titel gesetzt. Denn es handelt sich ja nicht um eine Par- und Klärung der orientalischen Frage, wozu der Raum eines Leitartikels oder auch mehrerer nicht ausreicht. Meine Ansichten über diese Frage habe ich schon vor 19 Jahren im Reichstag und in einer Broschüre („Zur orientalischen Frage, oder soll Europa sozialistisch werden?“) eingehend ausgeführt, und ich werde auch nächstens Gelegenheit haben, mich eingehend über den jetzigen Stand der orientalischen Frage auszusprechen, von der die türkische Frage mit Kreta und anderem bloß ein Bruchteil ist.

Ich habe um so weniger Grund zu allgemeinen Ausführungen, als Kautsky in seinem Auffass vom vorigen Donnerstag, so weit er die orientalische Frage ihrem Wesen und ihrer Bedeutung nach behandelt, vollkommen mit mir übereinstimmt und genau den Standpunkt vertritt, welchen ich allezeit vertreten habe. Es ist das der Standpunkt und die Auffassung, zu der ich als Schüler von Marx vor dem Krimkrieg und während desselben im Umgang mit David Urquhart, damals dem besten Kenner der orientalischen Frage und der orientalischen, namentlich der türkischen Verhältnisse, gelangt bin.

Mein Urtheil über den letzten russisch-türkischen Krieg, der dem Krimkrieg nach einer Pause von 22 Jahren folgte, ist von Marx in allen Einzelheiten gebilligt worden, und insbesondere war er mit dem Inhalt der oben erwähnten Broschüre durch- und einverstanden. Es erblickt dies aus einem - von Kautsky in seinem Auffass zitierten - längeren Brief an mich, den ich in der zweiten Auflage abdruckte - jedoch ohne Nennung des Schreibers, weil Marx, obgleich er die Veröffentlichung zugab, vorläufig nicht genannt sein wollte.

Kautsky's und meine Ansichten gehen nur in einem Punkt auseinander, nämlich in Bezug auf die Frage, ob die Stellung Russlands zur Türkei heute eine grundsätzlich andere geworden ist, als sie früher war oder nicht.

Kautsky behauptet es.
 Ich leugne es.

Doch ehe ich mich mit Kautsky auseinandersetze, einige Bemerkungen über allerlei Preß- und sonstige Stimmen.

Auf die alberne Sentimentalität, die - um mich in Marx Worten auszudrücken - in jedem Hammeldieb, der mit Türken in Streit geräth, eine „unterdrückte Nationalität“ erblickt und bemitleidet, gehe ich nicht ein, ebenso wenig kann es mir in den Sinn kommen, die türkische Regierung vertheidigen zu wollen. Ein belgisches Blatt, das die Gladstone'schen Ausrufphrasen für Ernst nimmt, und in den wieder sprudelnden Bächen des Philhellenismus, diesem leichtesten Ausfluß des bürgerlichen Liberalismus, herumplätschert, die Brüsseler „Réforme“, hat mich einen Parteigänger des Sultans genannt - nun das sind keine Späßchen, die unser einem nicht neu sind, nachdem man als Bekämpfer Bismarck's Jahre lang alltäglich zum Söldner des österrichischen Kaisers gestempelt worden ist. Auch die neue Behauptung, daß der Zar jetzt nicht an Krieg gegen die Türkei und Theilung der Türkei denken könne, weil die kapitalistische Entwicklung Russlands ihm eine Friedenspolitik aufzwinge, lasse ich bei Seite; wer gesehen hat, wie der deutsche Kapitalismus, bei ungleich fortgeschrittenerer Entwicklung als der russische, die Bismarck'sche Eroberungspolitik begünstigte und ihr die materiellen Mittel in den Schooß geschüttelt hat, der kann über solche Kinderereien nur lachen.

Auch bei der Vortheillichkeit halte ich mich nicht auf, mit der die Türken als Scheusalbe, die von ihnen „unterdrückten“ Nichttürken als Helden und Märtyrer gezeichnet werden - das gehört zur russischen Masche, zu der gegenwärtig noch die englische hinzugesetzt ist.

Aber die „armenischen Greuel“? Gewiß war arges Blutvergießen in Armenien. Aber es steht allemal fest, daß die Armenier den Kampf gegen die Türken begannen und die verächtlich überumpelte türkische Besatzung in Jaiun mit fast der gesamten mudamebanischen Bevölkerung - auch Frauen und Kinder - grausam abgeschlachtet haben, und daß es nur Repressalien sind, die an ihnen geübt wurden. Und haben die Armenier nicht in Konstantinopel selbst mit bewaffneter Hand angegriffen? Kurz, es war ein regulärer, von langer Hand vorbereiteter Aufstand, der niedergeschlagen wurde. Und ob mit größerem Aufwand von Menschenleben als 1871 in Paris unter dem Beifall des gesamten kapitalistischen Europa die Erhebung der Komune, das möchte ich sehr bezweifeln. Jedenfalls sind die 800 000 geschlachteten Armenier, die überall in - lebhaft an die deutschen Juuvenzplakate der Festsitzungswahl von 1887 erinnernden - Schauerbildern gezeigt werden, lächerliche Uebertreibungen, deren Zweck handgreiflich ist. Ich beziehe mich auf die amtlichen Lements der türkischen Regierung, der ich sicher nicht jedes Wort glaube, die aber sicher nicht so toll läßt, wie die russische Regierung und wie die griechischen und armenischen Zeitungen. Und ich verweise auf die Berichte, die Walter Siehe, ein wirklicher Augenzeuge und durchaus glaubwürdiger Mann, in der „Post“ und anderen Blättern gegeben hat.

Jetzt nur noch ein Wort über das „Nationalitäts-Prinzip“, das vornehmlich zur Türkenhah benutzt wird. Nationalität. Dieses Wort, das seit länger als dreiviertel Jahrhunderten, das heißt, seit den Zeiten Metternich's und der Heiligen Allianz, von den Volkseindern und Volksbetrügnern den Vätern als Jankapfel hingeworfen worden ist, um sie am Voraus-schreiten zu hindern, hat leider seine Jug- und Teugkraft auf die Massen noch nicht ganz verloren. Und gewiß, es giebt ein „Recht“ der Nationalität. Aber nur in sofern es ein Recht des Menschen giebt; kein Mensch hat das Recht einen anderen zu vergewaltigen; und jeder Mensch hat das Recht, sich gegen Vergewaltigung zu empören und zu erheben.

Im Begriff der Herrschaft liegt schon Vergewaltigung; und wir sagen deshalb: kein Mensch hat das Recht, über einen anderen zu herrschen. Und was von einzelnen Menschen gilt, gilt selbstverständlich auch von Menschengruppen, größeren oder kleineren. Die Befreiung eines Menschen oder einer Menschengruppe von der Herrschaft anderer ist deshalb berechtigt, allein die Befreiung darf nicht zur Wirkung haben, daß das Verhältnis bloß umgedreht und der Beherrschte von gestern der Herrscher von heute wird. Deshalb hat die Demokratie an die Stelle des Nationalitätenrechts die Auto-nomie gesetzt, die jeder Nationalität ihr Recht giebt, sich selbst

zu regieren, aber nicht das Recht, andere zu beherrschen. In der Schweiz wohnen Franzosen, Italiener und Deutsche gleichberechtigt nebeneinander, und ernste Reibungen und Konflikte zwischen Angehörigen dieser drei Nationalitäten, die in der Geschichte doch zahlreiche und heftige Kämpfe mit einander gehabt haben, können in der freien Eidgenossenschaft nicht vorkommen, weil durch die Autonomie und Gleichberechtigung jeder Grund weggefallen ist. Die Demokratie denkt sich deshalb auch das Staatsgebilde der Zukunft als eine große Welt-Eidgenossenschaft mit größeren oder kleineren autonomen Gruppen.

Nicht, daß ich den Nationalitäten jede Berechtigung absprechen wollte. Kraft ihres Rechts der Selbstbestimmung haben die Glieder einer Nationalität selbstverständlich das Recht, sich zusammen zu schließen. Allein was sind Nationalitäten oder Nationen? In dem Sinne der Stammesgemeinschaft giebt es unter den Kulturvölkern überhaupt keine Nationen und Nationalitäten mehr. Die Italiener sind ein Mischvolk: Römer, Griechen, Germanen, Araber, Kelten, Phönizier (Karthager) und der Himmel weiß was sonst noch; die Spanier: Kelten, Iberier, Karthager (Phönizier), Römer, Germanen; die Franzosen: Kelten, Griechen, Römer, Germanen; die Engländer: Kelten Römer, Germanen; die Deutschen: Kelten, Germanen, Römer, Slaven (in Ostelbien lehiere weit überwiegend, so daß, da Ostelbien jetzt in Deutschland herrscht, thatsächlich das deutsche Deutschland in „nationalen“ Deutschland von dem slavischen Deutschland beherrscht wird, wie einst Griechenland von Makedonien - die prächtigste Satire auf das Nationalitätsprinzip).

Von Oesterreich und der Türkei will ich gar nicht reden. Da sieht jeder die Dummheit, obgleich sie im Grund nicht schlimmer ist als in Deutschland, Frankreich u. a., wo die Unterschiede bloß durch längere Zerknetung und Mischung besser verwischt und durch den Sprachreiß der unkritischen Auge verdeckt sind. In Wirklichkeit ist das Gemenge ebenso groß, und wählten wir konsequent nach dem Nationalitätsprinzip verfahren, und jede Nation in unseren Kulturstaaten genau nach nationalem Prinzip selbstständig organisieren - garnicht zu reden von den Urbewohnern und deren Uurubahn den Affen, die ihrerseits wieder im Urschlamm des Protoplasma nach Stammeselttern zu suchen hätten - so gäbe es ein heillos Durcheinander, schlimmer als die babylonische Sprachenverwirrung - und ein ähnliches Gebalge und Getratsche, wie am Tag der christlichen Auferstehung, wann jeder Gläubige aus den Knochenhaufen der Kirchhöfe und Schlachtfelder sich seine Knochen zusammensuchen muß.

Man sieht, zu welchen Abgeschmacktheiten man mit dem Nationalitätsprinzip kommt, wenn es konsequent durchgeführt werden soll.

Freilich - und damit will ich auf den Boden der Thatsachen und des Praktischen zurückkommen - freilich ist es unsere Pflicht, soweit es in unseren Kräften liegt, die Sache von „Nationen“, die gegen Vergewaltigung anzukämpfen, zu unterstützen und zu fördern. Aber da muß man sich doch jeden einzelnen Fall ansehen.

Und was Marx von den montenegrinischen Hammeldieben sagt, läßt sich mindestens zum Theil auf die „griechischen“ Kreter anwenden, deren Griechenthum mehr als zweifelhaft, deren Dieb- und Händlertalent, ausgeübt auf Kosten der Türken dagegen über jeglichen Zweifel erhaben ist, und die obendrein unter der Türkenherrschaft einer Freiheit theilhaftig waren, um die wir Deutsche sie hätten beneiden können. Etliche Schablonenmeier, die ihren Gläubigen Türkenhoh mit dem Mantel der „materialistischen Geschichtsauffassung“ (gleich Jungfer Jettchen's Fingerhut ist sie „zu allen Dingen gut“) umhüllen, haben entdeckt, daß die Armenier und Griechen sich deshalb von den Türken loszureißen wüßten, weil sie eine höhere ökonomische Entwicklung haben und durch die Türken in ihrer Weiterentwicklung gehemmt seien. Auf die Kreter trifft dieser Einwand, mit dem ich mich sonst nicht weiter beschäftigen will, gewiß nicht zu, denn sie stehen auf primitivster Kulturstufe, wirtschaftlich zumeist sogar tiefer als die Mohammedaner der Insel, und haben bis jetzt ebenso wenig Gang zur Zivilisation bezogen, wie die wirtschaftlich und den Ordnungsverhältnissen nach ähnlich gestellten Korsikaner, die trotz äußerer Anstrengung der französischen Regierung noch heute das Klauen- und Todtschlagen als ihr unveräußerliches Menschenrecht betrachten - gerade wie die braven Kreter und Montenegriner. Und den Franzosen wird man doch nicht nachsagen wollen, sie seien „Demimisse des Fortschritts“, wie die Türken, nach der landläufigen Stereotyp-Redensart.

Doch lassen wir das; und betrachten wir einmal eine Nationalität, deren Vergewaltigung ebenso wenig bestritten werden kann, wie ihr Recht auf Befreiung: ich meine die Polen.

Keine Nation ist jemals brutaler unterdrückt worden, als die Polen. Die Theilungen Polens waren schmachliche, durch keine Sophistik der Staatsraison zu entschuldigende Verbrechen; die staatliche Vernichtung Polens ist der schwärzeste Völkermord, den die Geschichte kennt. Die Zahl der Polen ist fünfmal so groß als die der Armenier, hundertmal so groß als die der Kreter - sie waren stets Vorkämpfer der Kultur, sie wären heute ein Schutzwall der Kultur; ihre Befreiung würde niemanden schädigen, als die Verbrecher, welche Polen aus der Reihe der Staaten gestrichen haben, würde keine Interessen verletzen, als die der allgemeinen Feinde des menschlichen Fortschritts und der Freiheit.

Gut - also treten wir alleammt ein für die Befreiung Polens!

Wie? Die berechneten Anwälte der Armenier und der Kreter sind kumm, ihre Begeisterung ist plötzlich eingefroren. Erkläre mir, Graf Oerindur!

O, die Erklärung ist leicht. Das Geschrei für Armenien und die Kreter ist von einer Seite veranlaßt, welche die besten Gründe von der Welt hat, daß von Polen nicht gesprochen wird. Polen ist das Skelett im russischen Haus - überhaupt im Haus des europäischen Despotismus. Und Russland, welches den Harn insgeheim und den englischen Mucker-Kapitalismus als Mitspieler in dieser widerlichen Posse der Deuchelei gewonnen hat, hält das Wibelbild vom Balken im eigenen und dem Splitter im fremden Auge zu wohl im Gedächtnis, um das Wort Polen nicht zu verabscheuen, wie der Teufel das Weihwasser.

Das bloße Wort Polen genügt, um die ganze Verlogenheit der russischen Politik zu kennzeichnen. Und die englische Politik ist in dieser Frage vorläufig im Schlepptau, die französische nur ein Anhängsel der russischen Politik. Ein Staat,

der im eigenen Land tausendmal größeres Unrecht begeht, tausendmal brutaler das Recht der Nationalität mit Füßen tritt, als es die Türken jemals gethan, kann es fürwahr nicht ethisch meinen mit denen, die es angeblich vom Türkenjoch erlösen will. Charity begins at home - die christliche Liebe und die Befreiung sangen zu Haus an. In Russland wird tausendmal mehr unterdrückt und obendrein tausendmal mehr gekloppt als in der Türkei. Wäre es der russischen Regierung ernst mit ihrer Humanität und Befreiungslust, so würde sie die edlen Triebe im eigenen Lande betätigen. Und wenn es den Gutmüthigen, die sich durch das russisch-englische Pfaffen- und Philistergeschmisse über türkische Gräuelt von den nahen Schäden hinweg in die weite Ferne haben verlocken lassen - wenn es ihnen ernst ist mit ihrer Begeisterung und ihrem Mitgefühl für unterdrückte Nationen, dann haben sie die beste Gelegenheit, ihren Ernst zu beweisen. Da ist Polen! Die Rhodus hier salta! Dort in Polen ist der Prüßlein der Nationalitäten-Schwärmerci. Wer für die Armenier und Kreter schreiet und für Polen keine Sympathie, kein Mitleid, für die Mörder Polens keinen Haß und keinen Fluch hat, der ist entweder ein gedankenloser Dursche oder ein jämmerlicher Komödiant und Deuchler. Oder er hat vom russischen Hund gegessen.

Noch halt! - an den russischen Rubel glaubt ja die allfuge Jugend nicht mehr. Die Mörder Stambulow's haben um der schönen Augen des Zaren willen gemordet. -- Und heututage muß man „schreien“, um die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen; und Polen schreit nicht. Es schreit nicht, weil ihm die russische Faust um die Kehle geklammert ist. Aber ist Polen, weil es kumm ist, darum weniger unglücklich? Verdient es darum weniger unser Mitgefühl und unsere Sympathie, weil es sich nicht rühren und regen kann, weil das Land berer, die einst Europa von der Türkengefahr befreiten, ein Kirchhof ist? - Nun zu dem Punkt, wo Kautsky's und meine Ansichten auseinandergehen.

Nach Kautsky's Auffassung hat die russische Politik der Türkei gegenüber sich so vollständig geändert, daß die Sozialdemokratie ihre bisherige Haltung zur Orientfrage zu ändern habe.

Das bestreite ich auf das Entschiedenste, und behaupte, daß Russlands Politik noch genau dieselbe ist, die sie allzeit war. Die Allianz zwischen Russland und der Türkei ist nichts Neues. Alles schon dagewesen. Schon vor 65 Jahren, und unter ganz ähnlichen Umständen, haben die Mächte, welche Polen getheilt haben, nicht vorher wiederholt Bündnisse mit Polen gehabt? Ist ein Bündniß mit einem Feind nicht das beste Mittel ihn zu verderben? Und Russland wird von den europäischen Staatsmännern so gut bedient!

Warum die Türkei oder besser der Sultan sich gerade jetzt in die Arme der Russen gestürzt hat, wird klar, wenn man die Haltung Englands, oder richtiger des englischen Ministeriums Salisbury betrachtet. In dem von Kautsky zitierten Marx-Briefe - der vom „Vorwärts“ nächstens abgedruckt werden soll - wird Salisbury mit dürren Worten „ein Agent Russlands“ genannt. Marx hat damit natürlich nicht sagen wollen, daß Salisbury, ähnlich wie Palmerston, direkt in russischem Solde stehe, sondern daß er sich der Ansicht jener kapitalistischen Verehrer des „Friedens um jeden Preis“ angeschlossen habe, die zur Zeit des Krimkrieges noch wenig zahlreich waren, mit der weiteren Entwicklung des Kapitalismus aber an Zahl gewachsen sind. Der Kapitalismus ist seiner Natur nach ebenso international wie der Sozialismus. Er kennt keine Landesgrenzen - er ist vaterlandslos wie der schlimmste Sozialdemokrat, und das ubi bene ibi patria ist sein Wahlspruch. Wo es was zu verdienen giebt, ist sein Vaterland. Politische Ideale sind ihm spanische Dörfer - Ehre ein überwindener Standpunkt.

Und der Krieg kostet verheerend viel Geld. Es ist wahr, das britische Weltreich kann der britische Kapitalist nicht entbehren, denn er braucht es, um die Welt auszurauben, um den Weltmarkt beherrschen zu können. Aber ließe sich mit Russland nicht etwa ein friedliches Abkommen treffen! Ein Halbpart! Und ist der magerste Vergleich nicht besser als der fetteste Prozeß - und ruhmreichste Krieg?

Das sind die Anschauungen, von denen Lord Salisbury durchtränkt ist, und mit denen er vor anderthalb Jahren an die orientalische Frage herantrat, als das bankrotte liberale Ministerium aus Indisch-glablonischem Glaubenshaß gegen den „unausprechlichen Türken“ den Karren in Konstantinopel heillos verfahren hatte. Lord Salisbury verfiel damals auf den genialen Gedanken, die von allen Seiten bombardierten Türken noch ärger zu bombardieren, als alle anderen, namentlich die Russen es thaten. Er ging sogar so weit, den Sultan persönlich zu beschimpfen. Er hatte dabei die schlaue Berechnung, die Christen in der Türkei auf englische Seite zu bringen; erreichte jedoch nur, daß der Sultan sich den ihm schmeichelnden Russen, die plötzlich sehr höflich wurden, an den Hals warf.

Kurz, Lord Salisbury hat das Spiel Russlands gespielt und spielt es mit der gleichen Virtuosität, wenn auch vermutlich nicht aus den gleichen Beweggründen und zu dem gleichen Zwecke wie weiland Lord Palmerston, der bereits im Jahre 1853 das Kunststück fertig gebracht hat, die Türkei zu einem Bündniß mit Russland zu zwingen. Es war der famos Vertrag von Sinjar Seleff (3. Juli 1853), durch den der von Mehmed Ali bedrängte, und von den Engländern im Stich gelassene Sultan den Russen die Dardanellen öffnete und Konstantinopel zur Besetzung überließerte.

Man sieht, die jetzige Situation ist nicht neu; und aus der Thatsache des gegenwärtigen russisch-türkischen Bündnisses können wir nicht auf eine Veränderung der russischen Politik schließen.

Für Russland hat der Bund mit der Türkei den zweifachen Vorteil, daß es - wie die Hege in Hünfel und Grotel - die Abschachtung des Opfers bis zu einem passenden Zeitpunkt aufschieben und das Opfer zu gleicher Zeit mästen, d. h. für den Einverleibungsprozeß am amors vorbereiten kann. Die unruhigen Armenier sind den Russen vorläufig als türkische Unterthanen viel nützlicher, wie als russische Unterthanen. Sie helfen die Türkei auflösen, statt Russland zu schwächen.

Durch den Bund mit der Türkei ist Russland für Europa nur noch gefährlicher, und seine Kraft, die von der Türkei beherrschten Völkernschaften kulturfürdlich zu bezwängen, nur größer geworden. Nicht richtig ist, daß Russland durch die christlichen Balkanstaaten ein Damm gesetzt ist. Das war die Illusion der napoleonischen Halbdemokratie nach dem Krimkrieg. Der einzige dieser Staaten, der sich vollständig vom russischen Einfluß löst

gemacht hat, in Rumänien, wo verschiedene günstige Umstände zu diesem Resultat mitgewirkt haben. Bulgarien, das sich zu emanzipieren bemüht war, und auch mehrmals auf dem Punkte stand, dieses Ziel zu erreichen, ist wieder in vollständiger Abhängigkeit von Rußland, das durch den am Battenberger verübten Menschenraub, durch zahlreiche Meutereien und Mordattentate, und schließlich durch die barbarische Abschlagung Stambulow's, seine Kulturmission und sein Festhalten an der alten Eroberungspolitik mit einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig läßt, belumdet hat. Der dritte der christlichen Balkanstaaten: Serbien wird an dem einen Arm von Rußland, am anderen von Oesterreich gehalten; während der vierte dieser Staaten, der Montenegro, nicht nur unter russischem Einfluß, sondern auch in regulärem russischen Solde steht. In Wien fürchtet man, daß die Serben zusammen mit den Bulgaren gegen die Türkei losgeschlagen werden. In Wien fürchtet man! Der Riese fürchtet den Zwerg.

Und warum muß der Riese sich fürchten?
Weil es bei ihm zu Haus auch so halb türkisch zugeht und — weil er die Volkstugend, die in jenen urwüchsigsten Ländern zu finden ist, nicht auszubilden und für sich zu gewinnen verstanden hat.
Oesterreich — und hier ist des Pudels Kern, — Oesterreich ist kein demokratischer Staat, es kann auf jene Völkerschaften keine Anziehung ausüben: sein öder, stumpsinniger Bureaucratismus stoßt nur ab.

Hier ist der springende Punkt: es fehlt die Demokratie — das Wort im weitesten Sinne genommen.

Die Lage würde auch gar nicht gebessert durch die Vergrößerung Griechenlands. Wer die Geschichte des diplomatischen Zusammenstoßes, genannt Königreich Griechenland, überfliegt und das alte griechische (byzantinische) Kaiserreich, das ein Jahrtausend der politischen und sozialen Fäulnis war, sich ins Gedächtnis zurückruft, der kann dem Köhlerglauben unmöglich huldigen, ein vergrößertes Königreich Griechenland könne einen Wall gegen die russische Eroberungs- und Korruptionspolitik bilden.

Und warum rufen sich denn die russischen Vasallen in Bulgarien, Serbien, Montenegro zur Unterstützung der Griechen, wenn Griechenland die russische Politik durchkreuzt?

Ob die Türkei fortbestehen kann oder nicht, darüber zu diskutieren wäre Kannegehererei.

Unfinn ist es, den Muhamedanismus für unvertäglich mit moderner Kultur und die Türkei für absolut reformunfähig zu halten. Das Maurenreich in Spanien widerlegt jene, die thalassischen Reformversuche in der Türkei diese Annahme oder Behauptung. Der russische Krieg von 1827 wurde, gleich dem russischen Krieg von 1877, in der nachweisbaren und eingestandenen Absicht unternommen, die Reformen in der Türkei zu verhindern.

Und auch in neuerer Zeit hat Europa, sogar „ganz Europa“, nicht nur Reformen in der Türkei verhindert, sondern positiv die Anarchie in der Türkei planmäßig geschaffen und organisiert.

Ich will nur das Beispiel von Kreta auführen. Während man jahrelang der griechischen Regierung erlaubte, daß sie Waffen, Freischärler und Offiziere nach Kreta schickte, um den sogenannten Aufstand — in Italien nannte man das früher und in Korsika nennt man es noch heute Brigantaggio — für das europäische Publikum auf dem Orienttheater aufzuführen — wobei natürlich unzählige Geldthaten auf dem Papier verübt wurden — verhinderte man die Türkei, dem Schauspiel ein Ende zu machen, was, so weil es in den unwegsamen, von Halbwilden bewohnten Schluchten des kreitischen Hochgebirges überhaupt möglich ist, mit ein paar Bataillionen Soldaten spielend bewirkt werden konnte, verboten man der Türkei, sich selbst zu helfen, und zwang sie schließlich, eine europäische Gendarmerie einzurichten, welche die Ruhe herstellen sollte.

Diese Gendarmerie sollte bestehen und bestanden so lange, bis sie zu den griechischen Freischärlern überging, aus: 1. Griechen, 2. Montenegroern und 3. Bulgaren, d. h. aus Nationalitäten, unter denen der Haß gegen die Türken am grimmigsten ist. Wenn man kleines mit großem vergleichen will, so sehe man den Haß, den Engländern würde in arger Uebersicht der indischen Greuel — die an Rassenhaftigkeit und Realität den türkischen Thurmhoch „über“ sind — von „ganz Europa“ zuzugemüthet, in Indien eine europäische Gendarmerie, bestehend aus Russen, Franzosen u. s. w. einzurichten. Die Engländer würden den Vorschlag für verrückt erklären.

Den Türken hat man aber genau diesen Widerfynn zugemüthet, und, weil die türkische Regierung elend, schwach und verkommen ist, hat sie es sich gefallen lassen.

Dies nur ein Beispiel.
Und wie kann es denn überhaupt heutzutage einen Menschen mit fünf Sinnen geben, der im Ernst glaubt, „ganz Europa“, das heißt die europäischen Großmächte erstreckten oder erlaubten eine humane und gerechte Regelung der Dinge im Orient? Wer sind diese Großmächte?

Rußland, das Grab unzähliger Nationen. England mit Indien, wo Millionen Hungersterben, und mit den indischen Greueln, neben denen die armenischen zu nichts zusammenschrumpfen. Frankreich im Schlepptau Rußlands. Oesterreich, das, selbst eine zweite Türkei, genau mit denselben Nationalitäten-Schwierigkeiten kämpft wie die Türkei und sie bis heute nicht zu bewältigen vermocht hat; und endlich das Deutsche Reich, welches in der rückwärtslosen Verfolgung der politischen Gegner, also der eigenen Landleute, seit seiner Begründung eine der wesentlichsten Staatsaufgaben gesehen hat.

Was Kautsky über die türkische Gesamtwirtschaft schreibt, ist noch sehr milde. Aber ist die Türkei das einzige Land mit Gesamtwirtschaft? Und ist dem türkischen Volk die Zukunft abzuschreiben, weil es noch keine Revolution gemacht hat?

Dann hätte auch Deutschland keine Zukunft.
Und hätte Deutschland seine Revolution gehabt wie England und Frankreich — heute wäre Deutschland der Gebieter in Konstantinopel, und es gäbe keine Orientfrage.

Was jetzt im Orient werden wird? Ich zerbreche mir den Kopf nicht. Wer kann sich in diesem John-Babohni zurecht finden? Wenn heute der europäische Krieg ausbräche, so würde Rußland als Beschützer der Türkei, die es von keinem anderen versprechen lassen will, kämpfen für die Unverletzlichkeit der Türkei, an der Seite der Türken und der Franzosen. Zar, Sultan und die Bourgeoisrepublik der Menschenrechte brüderlich vereint. Fürwahr, Europa ist nicht bloß eine Kranke — es ist ein Karrenhaus.

Ja, hätten die französischen Demokraten und Sozialdemokraten am 23. Februar die russisch-französische Regierung gestürzt und das russisch-französische Bündniß zertrissen — hätten die französischen Demokraten und Sozialdemokraten es erreicht, daß England mit Frankreich ein Schutz- und Trutzbündniß zur Befreiung aller unterdrückten Nationen und Völker abschloß — dann hätten wir zwar sicher einen europäischen Krieg, aber vielleicht auch die Befreiung der Kreter, Armenier, Griechen, Türken, Polen Russen u. s. w. — in Sicht. Dann wäre die orientalische Frage nebst andern Fragen vielleicht auf dem Wege befriedigender Lösung.

Aber der Vogel Hättich ist sprichwörtlich ein windiger Gesell und vermag in der Politik so wenig wie im Geschäftsleben etwas gegen den nächsteren behäbigen Vogel Hättich.

Die französischen Demokraten und Sozialdemokraten haben das russisch-französische Bündniß nicht gestürzt und die russisch-französische Allianz nicht gesprengt; und unter diesen Umständen hätte die Aufkündigung der orientalischen Frage unsehbar zu einem europäischen Krieg ohne Aussicht auf eine Lösung im Sinne der Humanität und Freiheit geführt.

Da war es allerdings besser, daß die Lösung nochmals vertagt wurde.

Denn das muß festgehalten werden: so lange Rußland der Schiedsrichter von Europa ist und England durch die unbilligste Abhängigkeit Frankreichs von Rußland sich genüthigt sieht, der Abrechnung mit Rußland auszuweichen, kann im Orient keine Aenderung erfolgen, die nicht Rußland und dem von ihm vertretenen

Despotismus zum Vortheile und zur Stärkung gereicht. Das keine Griechenlands, auf das Enthusiasmen ihre Hoffnungen setzen, ist nur ein Strohhalm, und obenrein ein nicht faulerer. Und so lange Frankreich im Schlepptau Rußlands fährt, beherrscht Rußland die Lage und kann, wenn auch nicht jede Lösung in seinem Sinne erzwingen, doch jede Lösung im Sinne der Demokratie hintertreiben. Um diese Thatsache kommen wir nicht herum.

Und offen gestanden, ich glaube, für die Kreter ist die versprochene Autonomie unter dem Schutze von „ganz Europa“ noch besser als die Annexion an das Königreich Griechenland, dessen Verwaltung gerade so verrottet und verlottert ist wie die der Türkei und weit weniger tolerant; und durch dessen sprichwörtliche Falschspielerpolitik unter russischer Leitung das annerknete Kreta in Abenteuerei und Katastrophen verwickelt würde, von denen ein autonomes Kreta Aussicht hat, durch die gegenseitige Eifersucht der ganz-europäischen Mächte bewahrt zu werden.

„Doch die Kreter und andere „Unterdrückten“ können nicht warten!“
Wohlan, wie Sozialdemokraten sind auch unterdrückt, und zornig pocht uns das Herz an die Rippen, der Unbill ein Ende zu machen.

Aber wir müssen unsere Ungebild zügeln. —
Der Schlusssatz Kautsky's: „Die Demokratie Europa's muß geschlossen im entgegen gesetzten Lager (wie der Zar und momentan der Sultan) stehen!“ ist gewiß sehr schön. Aber wo ist das „entgegengesetzte“ Lager? Auf Kreta? In Montenegro? In Griechenland? Wo ist jetzt im Orient ein Lager, in dem der Zar oder Sultan nicht ist? Und die „Demokratie Europa's“? Mit der Demokratie Europa's steht es, wie mit „ganz Europa“. Wo ist sie? Im Schloß des frommelnden Türkenreifers Gladstone? Bei Herrn Rhodes und den englischen Liberalen? Bei den christlichen Missionären? Bei den französischen Chauvinisten vom Schlag des Herrn Millevoje, die am Feuer des Philhellismus ihren Rosenkranz hoch zu halten? Oder beim russisch-englischen Marionettenkönig Georgios? Wo ist die „Demokratie Europa's“? Wo — außer im Wunderland Nirgendheim? Auf der nördlichen, harten Erde ist sie ein Traum und wird ein Traum bleiben, bis das neue Europa geschaffen ist und die neue Heilige Allianz — die Allianz der Völler — welche herrschende Klassen und Massen nicht duldet.

Der Zarismus ist die letzte Stütze des Kapitalismus. Zusammen mit diesem wird er durch den „völlerbefreienden internationalen“ Sozialismus erlegt werden.

Nicht auf Kreta, nicht auf der Balkanhalbinsel wird die orientalische Frage gelöst, sondern in den Hauptstädten Europa's, zunächst aller Vorkaufsfrist nach, in Paris. Dort werden wohl die Würfel zuerst fallen. Das Unwürdige des Bündnisses der französischen Republik mit dem russischen Despotismus wird den Franzosen durch die orientalische Krise und durch das verächtlich-lächerliche Vossenspiel der Diplomatie, an dem Frankreich theilnimmt, zu folterndem Bewußtsein gebracht.

Das Geistesbild des Drei-Kaiser-Bündnisses wirkt auch. Und läßt Frankreich sich von Rußland los, so schwindet die Grundlage der Osmannischen Macht und ist dieses wieder der Riese auf höhererem Fuß, der in offenem Feld nicht einmal mit der Türkei fertig werden kann.

Das Ende der russisch-französischen Allianz ist der Anfang zur demokratischen und revolutionären Lösung der Orientfrage.

Politische Uebersicht.

Berlin, 9. März 1897.

Das preussische Abgeordnetenhaus begann heute die Beratung des Etats der Eisenbahn-Verwaltung. Hierzu lag ein Antrag Brömel, betreffend eine Vereinfachung und Vereinfachung der Personen- und Gepäcktarife vor. Von einer Generaldebatte wurde Abstand genommen, dagegen gab der Eisenbahnminister Thiele einleitend eine ausführliche Darlegung über die Erträge der Staatsbahnen in den letzten Jahren. Im Jahre 1895/96 haben die Eisenbahnen den Voranschlag um 52 Millionen übertroffen, die Ausgaben sind gegen den Voranschlag um 800 000 M. zurückgeblieben. Der Betriebskoeffizient beträgt nur 54,47 pCt., er ist also in Preußen geringer als in allen übrigen deutschen Staaten. Die Verkehreinnahmen sind in den letzten fünf Jahren beständig gewachsen, während die Ausgaben stetig abgenommen haben. Die Vermehrung der Einnahmen bezeichnete der Minister als eine Folge der besseren wirtschaftlichen Konjunktur. Das Sinken der Ausgaben sei eine Folge des Sinkens der Materialpreise, notwendige Ausgaben seien nicht vernachlässigt, im Gegentheil, es seien gebotene und nützliche Fortschritte gemacht worden. Absolut gebrochen sei mit dem Prinzip, Ausgaben für Dinge zu leisten, weil im Etat Mittel vorhanden seien. Er hoffe, daß es ihm gelingen werde, sich die Bewegungsfreiheit und das diskretionäre Vertrauen, das er als Leiter des größten Staatsbetriebes der Welt beanspruchen müsse, auch zu erhalten. Noch günstiger stellen sich, soweit sich das nach den abgelaufenen 10 Monaten übersehen lasse, die Einnahmen für 1896/97, die den Voranschlag um 71 1/2 Millionen übertreffen. Dagegen hätten sich die Ausgaben um 11 1/2 Millionen vermehrt. Der Betriebskoeffizient werde sicherlich noch geringer sein als 1895/96. Der Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben werde eine halbe Milliarde betragen, wobei die Hessische Ludwigsbahn noch nicht in Rechnung gezogen sei. Die Reorganisation der Eisenbahnbetriebe hätte sich gut bewährt; trotz der Vermehrung des Betriebsgebietes um 2100 Kilometer seien 3148 Beamte weniger im Innendienst beschäftigt.

Trotz dieses überaus günstigen Ergebnisses dürften, wie aus der Debatte hervorgeht, doch weitgehende Reformen in absehbarer Zeit nicht eingeführt werden. Die Staats-Eisenbahnen werden nach wie vor in erster Linie ein Mittel bleiben, um gute finanzielle Erträge zu erzielen, und auf die wirtschaftlichen Forderungen wird auch fernerhin keine Rücksicht genommen werden. Auf die verschiedenen, in der Diskussion angeregten Fragen, namentlich die Beleuchtungsfrage der Wagen, die Befestigung der Perronperre, die Einstellung von besonderen Wagen für Schwerkranke, Aufhebung der Platzgebühr in den D-Zügen, hatte die Regierung nur eine ablehnende oder doch ausweichende Antwort. — Die Berathung wird morgen fortgesetzt.

Zum Prozeß Auer und Genossen äußerten sich bisher noch nicht viele Zeitungen. Die „Germania“ schreibt:

„Dieser Mißerfolg des früheren Köller'schen Systems, den sich die Regierung ganz unvorbereitetem zuwege hat, sollte auch dem jetzigen Minister des Innern ein Fingerzeig sein, was bei einer Verschärfung der Vereinsgesetzgebung herauskommen wird. Die Sozialdemokratie sollte getroffen werden, aber sie geht, wie aus der triumphierenden Haltung ihres Hauptorgans leicht ersichtlich ist, nicht geschwächt, sondern gestärkt aus der verunglückten Affaire hervor. Nicht anders wird der Erfolg gesetzlicher Beschränkungen des Vereins- und Versammlungswesens sein, unter denen alle anderen Parteien gegebenenfalls mitzuleiden haben werden.“

Das „Berl. Tagebl.“ schließt seine Bemerkungen folgendermaßen:

„... Das war der Ausgang jener Köller'schen Rettungsaktion an der bedrohten bürgerlichen Gesellschaft. Wäre die Sache an sich nicht so bitter ernst, man wäre versucht, über diesen Ausgang, der einer Blamose unserer damalenigen politischen Polizei und ihrer damaligen oberflächlichen Leitung im Ministerium des Innern zum Ver-

wecheln ähnlich sieht, eine gewisse Genugthuung zu empfinden. Ministern wie Herr v. Köller und seinen Gesinnungsgenossen gegenüber werden die Sozialdemokraten stets im Vortheil bleiben. Leider verschließt man sich in unseren Regierungskreisen gewaltam diesen handgreiflichen Beobachtungen.“

Die „Berliner Zeitung“ bemerkt:
„... Ein großer Aufwand unnütz ist verthan. Die Staatsretter haben sich umsonst gefreut. Was aber wird nachfolgen? Nach der bei uns üblichen „Logik“ wird man, nachdem die bisherigen Forderungen des Vereinsgesetzes sich als untauglich erwiesen haben, auf andere, wirksamere Forderungen sinnen. Die Klugheit ist eine besondere Gabe und nicht jeglicher Haß Theil an ihr.“

Die „Zeit“ macht die folgende Olfosse:
„Irgend eine Verbindung wird sich bei allen (Parteien) zwischen Haupt und Gliedern nachweisen lassen. Und geschadet hat die polizeiliche Maßregel dem Zusammenhang der sozialdemokratischen Partei doch nicht. Nun hat das zweite Gericht das Urtheil des ersten aufgehoben und wir müssen nur wünschen, daß diejenigen Bestimmungen im preussischen Vereinsrecht, die zu solchen Prozeßen die Handhabe bieten, künftig verschwinden. So überwindet man die Sozialdemokratie im ganzen Leben nicht.“

In unserem Bericht über den Prozeß Auer u. Gen. ist bei Bekanntgabe der Angeklagten eine Unrichtigkeit unterlaufen. Aus dem Wahlverein des 5. Berliner Wahlkreises stand der Genosse Richter der Anklage und nicht, wie irrthümlich berichtet, der Genosse Fibner.

Das Lächerliche tödtet, sagt das bekannte französische Sprichwort. Wenn das Lächerliche auch die Gefahr tödtet, dann ist die Gefahr einer Aufkündigung der orientalischen Frage durch Griechenland jetzt vorüber. Etwas Lächerlicheres als die gegenwärtige Lage ist einfach undenkbar. Kein Voltaire hätte Lächerlicheres erfinden können. Nachdem „ganz Europa“ mit der ernsthaftesten Miene von der Welt wochenlang Griechenland ins Gewissen geredet, und nicht mit der Wimper gezwinkt hat, wenn ihm Griechenland eine Nase drehte und den Bart zipfte, liest es jetzt mit der ernstesten Miene von der Welt und ohne mit der Wimper zu zucken, die Note, in welcher Griechenland ihm als Antwort auf sein „Ultimatum“ abermals eine Nase dreht und fragt sich tieffinnig: Was soll das bedeuten?

Was soll das bedeuten? fragte jener Poltron, welcher mit einem Fußtritt die Treppe hinuntergeworfen war.

Wirklich, die Sache ist zu lächerlich, um ernst sein zu können.

Die Antwort Griechenlands. Der Wortlaut der von dem griechischen Minister des Aeußern an die Vertreter der Mächte gerichteten Note ist folgender:

Herr Gesandter, ich habe die Note empfangen, welche Sie mir die Ehre erwiesen haben, im Auftrage der Regierung unter dem 2. März zuzustellen. Die königliche Regierung hat mit aller Aufmerksamkeit, welche sie verdienen, die Punkte geprüft, über welche die Großmächte sich geeinigt haben. In anbeacht der außerordentlichen Wichtigkeit derselben wegen der Ergebnisse, die deren Erfolg sein werden, hält es die Regierung seiner Majestät für ihre Pflicht, Herr Gesandter, den Großmächten ihre Meinung über die angeordneten Maßnahmen zu unterbreiten, eine Meinung, welche das Ergebnis langer Erfahrung und gründlicher Kenntniß der Lage auf Kreta ist. Durchdringungen von den Gefühlen, welche die Großmächte befehlen, sowie von deren Sorge um den allgemeinen Frieden, wird die hellenische Regierung diese Pflicht nicht versehen, da auch Griechenland den heißen Wunsch hegt, zur Aufrechterhaltung des Friedens beizutragen und die so hart geprüfte und so viele Male dejimierte Bevölkerung der Insel vor dem völligen Untergang zu bewahren. Wir glauben, daß das neue autonome Regime, welches die Großmächte soeben angenommen haben, leider nicht den edlen Absichten entspricht können, welche dasselbe eingegeben haben und daß es das Schicksal der verschiedenen Verwaltungssysteme erfahren wird, welche zu verschiedenen Malen und ohne Erfolg in Kreta versucht worden sind. Es ist nicht das erste Mal, daß Kreta sich in diesem Zustande der Erhebung befindet. In den jüngsten Zeiten haben mehr als sechsmal die Geuel der Anarchie seine Existenz erschüttert und gefährdet. Wenn daher das neue Regime, mit welchem Kreta bedacht werden soll, nicht von der Art ist, um die Ordnung in endgültiger Weise wieder herzustellen, so hat die hellenische Regierung keinen Zweifel über die Unmöglichkeit, dem gegenwärtigen revolutionären Zustande ein Ende zu setzen. Die Anarchie wird fortfahren das Land zu verheeren. Feuer und Schwert in den Händen eines blinden Fanatismus werden ihr Werk der Zerstörung und die Vertilgung eines Volkes fortsetzen, welches sicherlich ein solches Schicksal nicht verdient. Bei einer solchen Perspektive würde unsere Verantwortlichkeit enorm sein, wenn wir nicht die Großmächte dringend bitten würden, nicht auf dem angeordneten System der Autonomie zu bestehen, sondern Kreta das wiederzugeben, was es schon zur Zeit der Befreiungen der anderen Provinzen gehabt hatte, welche das hellenische Königreich bilden und es zu Griechenland zurückzuführen, welchem es schon zur Zeit der Präsidenschaft Kapodistrias gehörte. Angeichts der jüngsten Szenen von Mordthaten, Plünderungen und Brände in der Stadt Ranea, angeichts der entsetzlichen Qualen, welchen die Bewohner von Kandia ausgesetzt waren, bedroht von der ungelogenen Wuth des muslimanischen Pöbels, der sich der Abreise der christlichen Familien nach Griechenland widersetzte, welches von jeder der von der Vorsehung gegebene Zufluchtsort all' dieser unglücklichen Existenzen geworden ist, quälten unser ganzes Land Gewissensbisse wegen der Verantwortlichkeit, welche es im letzten Jahre übernommen hatte, indem es durch seine Rathschläge die Kreter bestimmte, die Waffen niederzulegen. Die Leiden, welche hieraus gefolgt sind, erlauben uns nicht, noch einmal diese Ausgabe auf uns zu nehmen, und wenn wir sie unternommen hätten, würde unsere Stimme sicherlich sehr schwach sein; ihr Echo würde nicht bis zum kreitischen Volke gelangen. Da nun das neue Regime der Autonomie nach unserer Meinung dem edlen Ziele der Mächte nicht würde entsprechen können, ist es klar, welches die Lage der unglücklichen Insel von heute bis zu der Errichtung dieses Regimes sein würde, wenn die Großmächte glaubten, bei ihrem Beschluß verharren zu müssen. In diesem Bedenkungsange und im Namen der Menschlichkeit, wie auch im Interesse der Pazifikation der Insel, welche das einzige Ziel der Bemühungen der Großmächte ausmacht, zögern wir nicht, an dieselben zu appelliren wegen einer anderen Maßnahme bezüglich der Rückberufung unserer militärischen Macht. In der That, wenn durch die Anwesenheit der vereinigten Gewohder der Großmächte in den kreitischen Gewässern und auf die Ueberzeugung hin, daß diese Flotten eine Aufschiffung türkischer Truppen auf der Insel nicht gestatten würden, die gleichzeitige Anwesenheit aller Schiffe der griechischen Flotte, welche sich gegenwärtig vor Kreta befinden, nicht für notwendig erachtet würde, so ist doch andererseits das Verbleiben der griechischen Armee auf der Insel geboten durch das Gefühl der Humanität, ebenso wie durch das Interesse an der endgültigen Wiederherstellung der Ordnung selbst. Befonders gebietet uns unsere Pflicht, das kreitische Volk nicht auf Gnade und Ungnade dem mohamedanischen Fanatismus und der türkischen Armee preiszugeben, welche jederzeit wissenschaftlich und im Einverständnis an den aggressiven Handlungen des Pöbels gegen die Christen theil genommen hat. Vor allem, wenn unsere Truppen auf der Insel, die des vollen Vertrauens der Großmächte würdig sind, den Auftrag erhielten, das Land zu bezaubern, so würden die Wünsche und Absichten der Mächte sehr bald die vollkommenste Befriedigung finden. Wäre es nach Wiederherstellung der Ordnung auch möglich sein, die freien Wünsche des kreitischen Volkes, über sein eigenes

Schicksal zu entwickeln, lernen zu lernen. Die Gräueltaten, welche sich auf Kreta seit mehreren Jahrzehnten von Zeit zu Zeit wiederholen, vollziehen sich nicht nur nicht, ohne das griechische Volk bis auf tiefste zu erregen, sondern sie unterbrechen auch die soziale Tätigkeit und stören das Wirtschaftlich- und Finanzwesen des Staates aufs schwerste. Angenommen selbst, daß es uns möglich wäre, für einen Augenblick zu verzeihen, daß wir Glaubensgenossen des kretischen Volkes sind, daß wir von gleicher Abkunft mit ihm, durch das gleiche Blut verknüpft sind, so können wir es doch vor den Großmächten nicht mit Stillen übergeben, daß der griechische Staat derartigen Erschütterungen nicht mehr lange würde widerstehen können. Deshalb richten wir einen Appell an die hochberühmte Gesinnung, von welcher die Großmächte besetzt sind, indem wir sie bitten, dem kretischen Volke zu erlauben, sich zu äußern, wie es regiert sein will.

Die Großmächte scheinen ihre gemeinsame Antwort auf eine völlige Unterwerfung Griechenlands oder auf eine absolute Ablehnung eingerichtet zu haben. Die vorliegende Antwort scheint für die Großmächte neue Verlegenheiten zu schaffen, denn eine Einigung herbeizuführen ist schwer, was besonders jetzt ins Gewicht fällt, wo jeder Augenblick kostbar ist.

Aus Athen wird gemeldet: Der Kommandant der gemischten Besatzungstruppen, Amorette, hatte der Aufforderung an den griechischen Vize-Konsul Baraklis, Kreta mit erster Gelegenheit zu verlassen, die Mittheilung hinzugefügt, er werde bis zum Augenblicke seiner Abreise als Gefangener betrachtet werden. Hieraus erwiderte Baraklis, er werde sich nur der Gewalt unterwerfen. Amorette erklärte ihm alsdann, daß er nicht zögern werde, Gewalt anzuwenden. Diese Maßregel ist auf alle in Kanea wohnenden griechischen Unterthanen, darunter drei Zeitungsberichtersteller und das Personal des Konsulates, ausgedehnt worden.

Die Mobilmachung und Kriegsrüstung begegnet in Griechenland sehr ersten Schwierigkeiten. Die nach der thessalischen Grenze gesandten Regimenter sind auf sehr geringem Bestande, da die Reservisten der Einberufung vielfach nicht Folge geleistet haben. Auch fehlt es an Offizieren. Es ist möglich, daß man sich gezwungen sehen wird, wenn nöthig, zum Aufgebote des Landsturmes zu greifen.

Die Antwort der Großmächte auf die gestrige Erklärung der griechischen Regierung wird hier mit großer Spannung erwartet. Die Kriegspartei ist eifrig bemüht, den König zur sofortigen Kriegserklärung an die Türkei zu bewegen, wenn die Mächte die Wünsche Griechenlands nicht akzeptiren. Aus Makedonien und Albanien sind Nachrichten des Inhalts hier eingelaufen, daß dort alle Vorbereitungen getroffen sind, auf ein Signal von Athen aus den Aufstand ausbrechen zu lassen. — Der Kapitän eines heute im Pnyx angekommenen Schiffes brachte die Meldung, daß ein großes englisches, aus 20 Panzerschiffen und 25 Torpedobooten bestehendes Geschwader nach den jonischen Häfen unterwegs sei.

Aus Kanea wird gemeldet: Die internationale Gendarmerie ist nunmehr offiziell entlassen; die französischen und englischen Offiziere derselben verlassen Kreta, der englische Major Bor bleibt hier. Rußland (!) unterhält die montenegrinischen (!) Gendarmen auf seine Kosten weiter (!) Die Konsularkasse zahlte der internationalen Gendarmerie den Sold aus. Vize-Admiral Canavato soll als Oberbefehlshaber der vor Kreta versammelten Streikräfte der Mächte dem griechischen Vizekonsul mitgetheilt haben, daß dessen Anwesenheit nicht mehr statthaft sei und das derselbe abzureisen habe. Dem Vernehmen nach hätten die Flottenbefehlshaber an ihre Regierungen telegraphisch das Ersuchen um unverzügliche Absendung eines Bataillons in Stärke von 600 Mann zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den größeren Städten Kretas gerichtet.

Die Haltung der Sozialdemokratie in der kretischen Frage ist — Frankreich allein ausgenommen — nirgends eine geschlossene einheitliche. In England und Italien sind ebenso wie in Deutschland die Ansichten getheilt. Während in England ein Theil der Sozialdemokraten mit dem Bürgerthum für die Griechen und Kreter Partei nimmt, erblickt ein anderer Theil in der geräuschvollen Agitation für Kreta und Griechenland ein berechnetes Spiel der herrschenden Klassen, um die Aufmerksamkeit des englischen Volkes von den indischen Gräueln abzulenken. Es ist dies namentlich die Anschauung unserer Genossen von der Social Democratic Federation, obgleich auch in dieser sich Stimmen für die Kreter erheben. Nennlich ist es in Italien, wo der „Avanti“ für Unterstützung der Griechen und Kreter ist, die „Critica Sociale“ aber nachdrücklich vor der philhellenistischen Bewegung warnt.

Diese Verschiedenheit der Anschauungen erklärt sich aus der eigenthümlichen Natur der Verhältnisse im Orient, die Emanzipationsbestrebungen in unserem modernen Sinn noch nicht hervortreten lassen.

Die Sozialdemokratie stellt sich zwar auch dann auf die Seite der Unterdrückten, wenn diese unseren Bestrebungen ganz fernstehen — z. B. in bezug auf die Kubaner herrscht in unseren Reihen vollkommene Einmüthigkeit der Sympathie, obgleich sie gewiß keine Sozialdemokraten sind. Aber hinter den Kubanern steht auch keine kulturfeindliche Macht, als deren Werkzeuge sie betrachtet werden können. Und das ist eben im Orient der Fall, wo der Einfluß Rußlands leider der maßgebende ist.

Für die französische Sozialdemokratie liegt die Sache anders — sie hat die Hoffnung, der Politik Frankreichs eine Wendung zu geben, die zu einem Umschwung in der ganzen auswärtigen Politik, vor allem zum Bruch des französisch-russischen Bündnisses führen würde. Daß sie zu diesem Zweck die kretische Frage ausnützt, kann nur gebilligt werden.

Die Jahresversammlung des internationalen Friedensbureaus in Bern beschloß einstimmig, den diesjährigen Friedenskongreß in Hamburg abzuhalten. Die Errichtung einer französischen Filiale wurde verworfen, den Vereinen aber wird empfohlen werden, sich mit dem neuen Friedensbureau in Paris zu verbinden.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Weinade wäre die unverheiratete Schriftstellerin Emma Sophie Warde, die gestern unter der Anklage der Majestätsbeleidigung und der Sachbeschädigung stand, daß Opfer eines gegen sie geschmiedeten Komplotts geworden. Dem Reichsanwalte Sonnenfeld gelang es, aus dem Charakter der Denunziantinnen sehr wahrscheinliche Schlüsse auf deren mangelhafte Glaubwürdigkeit zu ziehen, so daß der Staatsanwalt Oelschläger die Freisprechung wegen Sachbeschädigung beantragte, aber wegen der Majestätsbeleidigung auf sechs Monate Gefängniß plaidirte, weil er meinte, daß hier die Aussagen der Belastungsgenossen doch zu bestimmt seien. Der Gerichtshof war aber mit dem Vertheidiger der Ansicht, daß es nicht anzunehmen sei, auf Grund dieser Zeugenaussagen eine Verurteilung eintreten zu lassen. Die am 31. Dezember in Haft genommene Angeklagte wurde freigesprochen.

Aus Kiel schreibt man uns: Das Landgericht zu Flensburg hatte vor einem halben Jahre den Knecht Johannes Paulsen wegen schwerer Majestätsbeleidigung zu 2 Jahren Gefängniß verurtheilt. Der in dem Prozeß damals aufgetretene Hauptbelastungszeuge hat jedoch nun selbst verlauten lassen, daß seine beschworene Aussage falsch sei und er zu derselben durch den Denunzianten des Paulsen bearbeitet sei. Das Flensburger Landgericht lehnte zunächst das Wiederaufnahmeverfahren ab, aber auf Beschwerde hat nunmehr die Oberstaatsanwaltschaft nochmalige Untersuchung der Sache angeordnet.

Deutsches Reich.

Die letzte Ansprache des Kaisers. Die „Mit. u. Pol. Korr.“ schreibt:

„Aus der Umgebung des Kaisers verlautet, daß es großes Mißfallen erregt habe, wie über den Einspruch seiner Majestät auf dem Brandenburgischen Provinziallandtage Versionen hätten verbreitet werden können, die von dem durch das offizielle Telegraphenbureau verbreiteten Wortlaut wesentlich abwichen. Gegenüber der hier zu Tage getretenen Indiskretion von Mitgliedern einer Tafelrunde, als deren Ehrengast der Kaiser erschienen war, dürfte sich der letztere in Zukunft wahrscheinlich veranlaßt fühlen, einer festlichen Veranstaltung wie dieser fern zu bleiben.“

Fürst Hohenlohe gegen ein Umsturzgesetz. Die „Magdeb. Zig.“ schreibt: „Als am Donnerstag Abend die parlamentarische Sitzung beim Fürsten Hohenlohe beendet war, wurde in den Cafés, wozu sich ein Theil der Gäste zu dem üblichen Gedankenaustausch begeben hatte, erzählt, der Reichskanzler hätte mit einer gewissen Geheisslichkeit zu verschiedenen politischen Personen gesprächsweise geäußert, so lange er im Amte wäre, würde eine neue Umsturzvorlage nicht gemacht werden.“

Wir registriren die Meldung, obgleich der Reichskanzler mit seinen Versprechungen sehr wenig Glück bisher gehabt hat.

Reichstags-Kandidaturen. Die „Neue Berliner Korrespondenz“ schreibt: Die von uns seinerzeit gemeldete Absicht des Bundes der Landwirthe, dem bisherigen Kriegsminister Bronsart von Schelemdorf in agrarisch-oppositionellem Sinne ein Reichstagsmandat zu verschaffen, ist in verschiedenen Blättern angezweifelt worden. Demgegenüber halten wir unsere damalige Meldung vollinhaltlich aufrecht mit dem Hinzufügen, daß es der sechste Mecklenburgische Wahlkreis Güstrow ist, mit dem man diese Vereinbarung traf. Auf der letzten Versammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftreform in Berlin war diese Kandidatur das allseitige Tagesgespräch. Herr von Bronsart ist übrigens seit längerer Zeit in der Nähe von Güstrow in diesem Wahlkreise ansässig und hat sich in den Urdele Mecklenburgs „respiriren“ lassen, wie die Formel lautet. Betreffs seiner Kandidatur sind die nöthigen Vereinbarungen zwischen ihm und dem dortigen Vorsitzenden des Bundes der Landwirthe bereits getroffen.

Der Wahlkreis ist bei der letzten Wahl bekanntlich erst in einer Stichwahl gegen den Sozialdemokraten von den Konservativen behauptet worden. Unsere Genossen im Wahlkreise werden jedenfalls sehr erfreut sein, einen Gegner mit so starker Angriffslust bekämpfen zu können. Noch besser meinen es die Konservativen mit uns in Dresden-Althadt, dort wollen sie den — Grafen Herbert Bismarck und entgegenstellen. Und da will noch jemand bezweifeln, daß wir ein Schweineglück haben.

Zur Zeugenflucht. Anlässlich des bevorstehenden Prozesses von Tausch und von Lüchow schreibt man uns aus Hof i. S.:

Der in der Sonntag-Nummer erwähnte Epistel-Journalist v. Nieß-Schilbach befindet sich auf einer Reise nach Jerusalem. Für den hiesigen nationalliberalen „Hofr Anzeiger“ schreibt der Ehrenmann Reisebriefe unter dem Titel: „Durch die Balkanstaaten und nach Jerusalem.“ In Triest ist er bereits angelangt.

Kiel, 8. März. (Eig. Ber.) Die Flensburger Handelskammer hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, sich dem Vorgehen anderer Korporationen gegen einen geplanten Antrag beim Reichstags, betr. Einführung eines Zolles auf frische Häringe und Sprotten, sowie Erhöhung des Zolles auf gesalzene Häringe und Sprotten, anzuschließen und soll eine entsprechende Petition an den Reichstag gerichtet werden.

Dresden, 9. März. (Eig. Ber.) Wenn zwei dasselbe thun. Die evangelischen Arbeitervereine, die sich mit Sozialistenvernichtung und sonstigen schönen Dingen befassen, haben einen Landesverband für Sachsen gebildet und ist diese Gründung in Geheimniß vollzogen worden. Das sächsische Vereinsgesetz läßt bekanntlich das Inverbindtreten solcher Vereine, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten befassen, nicht zu und gerade in der Chemnitzer Anstaltshauptmannschaft hat man auf Grund dieser Bestimmung Einzel-Mitgliedschaften des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und des Textilarbeiter-Verbandes, ja sogar Gesangs- und Turnvereine aufgelöst, nur deshalb, weil vielleicht zwei Vereine zusammen traten, sangen zc. Bei den evangelischen Arbeitervereinen, die sich ganz offenbar mit öffentlichen Angelegenheiten befassen, drückt man ein Auge zu. Da rede einmal einer von der Gleichheit vor dem Gesetz.

Dem Landtage von Meuß j. L. ist folgende Vorlage zugegangen:

Bekanntlich gelangte im Reichstags vor einiger Zeit ein aus dessen eigener Initiative hervorgegangener Gesetzentwurf zur Annahme, welcher die Aufhebung des Verbotes einer Verbindung politischer Vereine unter einander bezweckte. Der Bundesrath lehnte den Entwurf ab, ließ aber gleichzeitig dem Reichstags in Aussicht stellen, daß das fragliche Verbot in den sämtlichen Bundesstaaten, in denen es in Geltung stehe, außer Kraft gesetzt werden sollte.

Da nun das veraltete Verbot auch hier zu Lande gilt (zu vergl. § 11a des Gesetzes vom 5. Juli 1852, das Vereins- und Versammlungsgesetz betreffend, Gesetzsammlung Bd. IX S. 64), richten wir auf im Namen Sr. Durchlaucht des Fürsten ertheilten höchsten Befehl Sr. Durchlaucht des Erbprinzen an den Landtag das ergebende Ersuchen, zu der Aufhebung desselben die Hand zu bieten und zu dem Behufe dem hieneben angegeschlossenen Gesetzentwurf gefälligst die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen.

Gesetz

betreffend die Aufhebung der Vorschrift in § 11 unter a des Vereinsgesetzes vom 5. Juli 1852.

Wir Heinrich XIV. zc. zc. verordnen hierdurch mit Zustimmung des Landtages was folgt:

Die Vorschrift in § 11 unter a des Gesetzes, das Vereins- und Versammlungsgesetz betreffend, vom 5. Juli 1852 (Gesetzsammlung Bd. IX S. 64) (Dieses lautet: für politische Vereine gelten noch folgende Beschränkungen a) Sie dürfen nicht mit Vereinen gleicher Art zu gemeinsamen Zwecken in Verbindung treten, insbesondere nicht durch Komitees, Ausschüsse, Zentralorgane oder ähnliche Einrichtungen, oder durch gegenseitigen Schriftwechsel. Red.) ist aufgehoben.

Urkundlich u. s. w. Daß der Landtag der Vorlage zustimmt, ist nicht zu bezweifeln. So einfach dürfte die Novelle zum preussischen Vereinsgesetz, über die Herr v. d. Recke brütet, nicht werden, obgleich ja nur diese einfache Formel der vom Bundesrathe akzeptirten Reichstags-Resolution entspricht.

Hamburg, 9. März. (Eig. Ber.) In der Sache wegen Verleumdung des Königs der Belgier ist dem früheren verantwortlichen Redakteur des „Echo“, Stengel, jetzt die Anklage-schrift zugefickt worden.

Der Glasfen-Schröder hatte schon längst zur Verbüßung seiner Strafe nach Deutschland gebracht werden sollen. Daß dies nicht geschehen ist, wird damit erklärt, daß noch 24 Strafverfahren gegen ihn schweben. In der kolonialfreundlichen „Zagl. Rundschau“ wird trotzdem jetzt Stimmung zur Ermäßigung seiner Strafe gemacht.

Oesterreich.

Die Wahlen in Oesterreich. Unter dieser Epithete finden unsere Leser vor den Depeschen die Nachrichten über die oesterreichischen Wahlen. —

Briun, 9. März. Drei Soldaten des hier garnisonirenden 3. Infanterie-Regiments erschossen sich mit ihren Dienstgewehren auf sehr gute Behandlung dürfte der tragische Vorfall nicht zurückzuführen sein.

Schweiz.

Großrathswahl im Kanton Argau. Trotz Ausschreitungen wurde letzten Sonntag in Fosingen Genosse Moriger in den Großen Rath gewählt.

Frankreich.

Der Kaiserjäger über das Russenbündniß kommt selbst in einem Blatte, wie der „Figaro“, der so viel für die Popularisirung der franko-russischen Freundschaft gethan hat, zum Ausdruck. Der „Boll. Fig.“ wird hierzu bezeichnend:

Jules Roche sagt im „Figaro“ seine Betrachtungen über das Russenbündniß fort. Er zeigt, daß Frankreich nicht verloren hat, darank den kleinsten Handlungsvorteil zu ziehen. Deutschlands Handel mit Rußland betrug 1893 695, 1895 983 Millionen; Rußland kaufte 1893 von Deutschland um 268, dagegen 1895 um 406 Millionen. Frankreichs Handel dagegen machte 1893 256 und 1895 nur noch 203 Millionen aus. Rußlands Klüße belies sich auf den verschwindenden Betrag von 21 Millionen im Jahre 1893, die 1895 erst auf 25 gestiegen waren; hier liegt der eigentliche Schwachpunkt des Bündnisses.

Die Franzosen wollen doch von dem Bündnisse andere wirtschaftliche Vorteile haben als die höchst zweifelhafte Ehre, Hauptgläubiger Rußlands sein zu dürfen.

Eine Anzahl republikanischer und sozialistischer Abgeordneter sollen eine Depesche zufolge aus Paris an König Georgios ein Sympathie-Telegramm gerichtet haben. Ob Republikaner das thun konnten, wissen wir nicht; jedenfalls hat kein Sozialist es gethan. Die betreffenden Herren sind einige jener radikalen Bourgeois, die sich gern als „Sozialisten“ aufspielen.

England.

Neue Differenzen mit Transvaal. „Reuter's Bureau“ meldet: Was die Gerichte betrifft, daß der Staatssekretär für die Kolonien Chamberlain dem Präsidenten Krüger eine sehr entchiedene Note gefandt habe, welche gegen das Freundschaft als eine Verletzung der Konvention von 1884 Einspruch erhebe, so ist es richtig, daß zwischen den beiden Regierungen ein Schriftwechsel über diesen Gegenstand erfolgt ist, doch lehnt man es im Kolonialministerium ab, eine Erklärung über den Charakter desselben abzugeben.

Italien.

Die sozialdemokratische Partei Italiens hat bis jetzt von 508 Wahlkreisen 125 mit Kandidaten besetzt.

Rußland.

St. Petersburg, 9. März. Nachträglich wird bekannt, daß eine Vermehrung der russischen Feldartillerie um 60 Batterien oder 252 Geschütze zur Bildung zweier neuer Armeekorps durchgeführt wird.

Amerika.

New-York, 9. März. („Frankf. Zig.“) Die neue Tarifbill wird jedenfalls Differenzialzölle zu Gunsten der Waaren enthalten, die auf amerikanischen Schiffen importirt werden.

Braslien. Nach in Paris vorliegenden Meldungen aus Rio de Janeiro ist die Lage ernst. Oberst Gentil Castro, der Direktor zweier monarchistischer Blätter, sei ermordet worden; dem Vicomte Dupret sei es gelungen, seinen Angreifern zu entkommen. Die Redaktionen der beiden Blätter würden von Appen bewacht. Ein Regiment Artillerie gehe nach Bahia ab.

Partei-Nachrichten.

Sozialdemokratische Partei Baden. Auf Grund des § 3 des Landes-Organisationsstatuts und gemäß dem Beschlusse der vorjährigen Landesversammlung wird hienüt die VII. Landesversammlung auf Sonntag, den 7. und Montag, den 10. April, nach Offenburg in das Lokal „Mittel-Halle“ einberufen.

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt: Sonntag, den 18. April, nachmittags 3 Uhr, Vorversammlung: Wahl des Bureau's und der Mandats-Prüfungskommission, Festsetzung der Geschäftsordnung. Ferner: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes und Kassirers; 2. Bericht der Revisoren; 3. die Presse; 4. die bevorstehende Landtagswahl; 5. die italienischen Arbeiter in Baden, Referent Genosse Adolf Sed; 6. die Gewerbe- und Fabrik-inspektion in Baden, Referent Genosse Kold; 7. Anträge, welche bei den vorausgegangenen Punkten noch nicht ihre Erledigung gefunden haben; 8. Wahl des Vororts und des Vorstandes; 9. Ort der nächsten Landesversammlung.

Anträge, welche in den Bericht aufgenommen werden sollen, müssen bis spätestens 25. März in unseren Händen sein.

Der Geschäfts- und Kassenericht nebst den bis dahin gestellten Anträgen wird den Mitgliedern Ende März zugefickt.

Betreffs der Delegirtenwahl verweisen wir auf § 4 unseres Landes-Statuts und bitten, uns deren Wahl alsbald anzeigen zu wollen.

Wegen des Quartiers u. s. w. wende man sich an das Lokalkomitee (Adresse: Eugen Ged, Glasbiter in Offenburg).

Der Landes-Vorstand.

J. H. Haug, Vorsitzender.

Freiburg i. S., den 7. März 1897.

Bei der Gewerbegerichts-Wahl in Schweningen in Württemberg haben die Kandidaten des Gewerkschafts-Partei- und des Sozialdemokratischen Vereins über die Kandidaten der evangelischen und der katholischen Arbeitervereine einen glänzenden Sieg errungen.

Aus Württemberg. Der seinerzeit aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossene Anarchist Wilhelm Klitt aus Alfskarch, der im vorigen Herbst als Soldat beim Bataillon in Gmünd eintrat, ist, wie die „Schwäbische Tagwacht“ mittheilt, vom Militärgericht zu zwei Jahren Festungshaft verurtheilt worden, weil er in einer Gastwirtschaft ein Hoch auf die Anarchie ausgebracht haben soll. Angeblich ist die Urtheil noch als „zu mild“ betrachtet und deshalb noch nicht bestätigt worden. Der Präseswid erhebt wegen der Vernichtung eines Menschenlebens drei Jahre Gefängniß, und da soll ein Hoch auf die Anarchie mit zwei Jahren noch „zu mild“ bestraft sein? Wenn nach dem militärischen Kodex eine so rein närrische That, wie es das Ausbringen eines Hochs auf die Anarchie ist, wirklich bestraft werden muß, so würden ein paar Wochen Mittelarrest vollständig ausreichen, um der Wiederholung solcher Narretei vorzubeugen.

Polizeiliches, Gerichtliches zc.

Wegen Verleumdung des aus dem frankfurter Schaffner-prozeß bekannten Kriminalkommissars Ränge ist der verantwortliche Redakteur des „Hamburger Echo“, Genosse Wabers, angeklagt. Die Verhandlung, die auf den 20. März anberaumt ist, dürfte wegen der Beweisanklage, die von dem Angeklagten gestellt werden, sehr interessant werden, falls nicht noch, was recht wohl möglich ist, in letzter Stunde der Strafantrag zurückgezogen wird.

Wegen Verleumdung der Fabrikanten Rudolf und Heinrich Thiel, Inhaber des Eiswerkwerks Thiel u. Söhne in Lübeck, ist vom dortigen Landgericht der verantwortliche Redakteur des „Volksboten“, Genosse Friedrich, zu einem Jahre Gefängniß, und der Vertreter der streikenden Thiel'schen Arbeiter, der Kleinperpelle Schweizer, zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilt. Diese Erkenntnisse sind jetzt rechtskräftig, da das Reichsgericht die von den Verurtheilten eingelegte Revision verworfen hat.

Gewerkchaftliches.

An die Berliner Maurer! Parteigenossen! In jüngster Zeit hat sich in Briesen ein Verein der Bauhandwerker gebildet. Da es für uns hier ein großer Fortschritt ist, wenn die Bauhandwerker bez. Maurer öffentlich zu uns stehen, so würdet Ihr uns un-

gemein unterstützen, wenn Ihr fortgesetzt mit dahinwirken wolltet, daß die in Berlin arbeitenden Bauhandwerker aus Briesen und Umgegend der Freien Vereinigung der Bauhandwerker für Briesen und Umgegend beitreten. Wenn Ihr unserem Wunsch nachkommt, so würdet Ihr uns in unserer Agitation außerordentlich unterstützen, da der größte Teil der Maurer aus hiesiger Gegend in Berlin arbeitet und voraussichtlich in diesem und folgenden Jahren ein noch größerer Zugang nach Berlin zu erwarten ist. Mit solidarischen Gruß Rudolf Salomon in Briesen, Kreis-Vertrauensperson.

Achtung, Schloffer! Infolge eines Versehens ist auf den Einladungen zur Vertrauensmänner-Konferenz vergessen worden, daß Lokal angegeben und werden die Kollegen deswegen auf das heute im „Vorwärts“ erscheinende Inserat verwiesen. Der Vertrauensmann.

Die organisierten Schmiede Berlins wenden sich an ihre Kollegen im Reich, den Zugang nach hier zu meiden. Seitens des Arbeitsnachweises der hiesigen Schmiede-Zunft, Mülackstraße, werden in einem bürgerlichen Blatte (Lokal-Anzeiger) fortgesetzt Schmiede gesucht, trotzdem zur Zeit ein großer Teil der hiesigen Kollegen arbeitslos ist und auch gern bereit wäre, jede sich bietende Arbeits Gelegenheit, welche annähernd anständlichen Lohn bietet, anzunehmen. Der Zunft liegt es aber gerade daran, junge Kräfte von außerhalb heranzuziehen und mit diesen die Stellen zu besetzen, welche die hiesigen Kollegen wegen der niedrigen Löhne und der unwürdigen Behandlung nicht annehmen. Um bessere Arbeitsbedingungen zu erzwingen, ist der Zugang streng fernzuhalten. Der Arbeitsnachweis der organisierten Schmiede befindet sich Schönleinstr. 23. Alle Arbeiterblätter werden um Verbreitung gebeten.

Achtung Bauarbeiter! Alle diejenigen Kollegen, welche noch im Besitze von Material (Marxen, Platten etc.) sind, welches sie von dem verstorbenen Kollegen Paul Schröder erhalten haben, werden hiermit aufgefordert, dasselbe an den Unterzeichneten oder spätestens bis Sonnabend den 18. d. M. von 7—9 Uhr abends an den Kollegen Gutsch, beim Restaurateur Schmidt, Wallstr. 65, abzuliefern. Die Lohnkommission, Karl Beredder, Falkenstr. 27.

Zwischen der Bäckereizunft „Concordia“ und den Gesellenvertretern (Zunftsgefehen) haben hiesigen Blättern zufolge Verhandlungen stattgefunden über die Einführung einer neuen Sprechmeister-Ordnung. Die Abschaffung von Kost und Logis beim Meister sollen die Gesellen im Einverständnis mit den Meistern für „undurchführbar“ erklärt haben. — Es sei daran erinnert, daß die gewerkschaftlich organisierten Bäckergefehen gerade auf die Abschaffung von Kost und Logis im Hause des Meisters von jeher großen Werth gelegt haben.

Deutsches Reich.

Kongress der Sattler Deutschlands. Unterzeichnete beruft hiermit zu Sonntag den 18. April 1897 einen Kongress der Sattler Deutschlands nach Erfurt ein. Tagesordnung: 1. Das Verhalten der Regierung gegenüber unseren Petitionen auf Abschaffung der Hausindustrie bei Militärarbeiten. Referent: Kollege Sassenbach-Berlin. 2. Die Gefängnisarbeit im Sattlergewerbe. Referent: Kollege Kästner-Erfurt.

Jede Stadt hat das Recht, eine beliebige Anzahl von Delegierten zu senden. Die Wahl hat in einer öffentlichen Sattler-Versammlung zu erfolgen. Die Ausstellung der Mandate steht dem Bureau der bei. Versammlung zu, Anmeldungen von Delegierten sowie Anträge werden an die Adresse des Unterzeichneten erbeten.

Wer Material, über Gefängnisarbeit besitzt, möge dieses an den für diesen Punkt aufgestellten Referenten, Kollegen G. Kästner, Erfurt, Bahnhofsstr. 45, senden.

W. H. Daum, Erfurt, Heinrichstraße 7.

Au die Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands! Auf dem am 15. bis 17. Februar d. J. in Berlin abgehaltenen Kongress wurde allgemein anerkannt, daß die Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter noch sehr schwach sind und es bis noch bedeutender Agitation bedarf. Namentlich wurde bedauert, daß die lokalorganisierten Bauhilfsarbeiter sich in den letzten Jahren um ihre Berufs Kollegen in Deutschland garnicht bekümmert hätten. Um nun für die fernere Zeit eine nachhaltige und planmäßige Agitation betreiben zu können und somit auch den lokalorganisierten Bauhilfsarbeitern Gelegenheit zu geben, sich hieran zu beteiligen, sowie durch gemeinschaftliche Agitation letztere zu überzeugen, daß es endlich an der Zeit ist, den isolierten Standpunkt aufzugeben und sich dem Zentralverbande der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands anzuschließen, erachtete der Kongress es für notwendig, einen Generalvollmächtigen der Bauhilfsarbeiter Deutschlands zu ernennen und wurde meine Person dazu bestimmt. Außer den übrigen, durch die Verhandlungen des Kongresses gefassten und durch die Presse bekannten Beschlüssen ist als nächster Zweck die Agitation zu betrachten. Wir ersuchen nun die Kollegen allerorts, sich uns anzuschließen, indem sie in öffentlichen Bauarbeiter-Versammlungen einen Vertrauensmann ernennen und uns die Adresse mitteilen. Zum Zweck der Beschaffung der Mittel für die Agitation haben wir laut Beschluß des Kongresses Agitationsmarken herausgegeben und können diese von uns bezogen werden. In der Hoffnung, daß die Bauhilfsarbeiter Deutschlands die Beschlüsse des Kongresses zu würdigen wissen, zeichnet mit kollegialischem Gruß der Generalvollmächtigte der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands, Albert Löpfer in Hamburg, Wichernsweg 6. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Die Lötter Breßlan's beschloffen, den Meistern am 15. März einen einheitlichen Lohnarif vorzulegen und bis 1. April bestimmte Antwort zu erbitten.

In Kegnitz dauert der Streik der Textilarbeiter der Firma Beer u. Co. fort. Die Firma will nur dann Zugeständnisse machen, wenn vorher die Arbeit wieder aufgenommen ist, was die Streikenden ablehnen. Sie vor dem Gewerbegericht mit ihrem Personal zu vergleichen, hat die Firma abgelehnt.

In Magdeburg streiken 35 Steinseher und Hammer des Steinschmieders Eadenhien wegen Selbsthaltung der Schuppen und wegen anderer Uebelstände.

Das Gewerkschaftsblatt in Lübeck hat einen Antrag, den Streik auf dem Emailwerk von Thiel und Schöne für beendet zu erklären, mit 23 gegen 5 Stimmen angenommen. Abgelehnt wurde dagegen und zwar mit derselben Stimmenzahl, ein Antrag, nun auch den Zugang nach Lübeck freizugeben; dies soll erst dann geschehen, wenn die Mehrzahl der am Streik beteiligten Arbeiter untergebracht ist. Das Kartell erklärte den Streik deshalb für beendet, weil erstens dessen Fortführung nicht mehr im Interesse der Gewerkschaften läge, und weil mit der Beendigung des Streiks den Unternehmern jeder Vorwand genommen sei, die an demselben beteiligten Arbeiter nicht wieder einzustellen.

Die Streikenden dagegen haben mit allen gegen 22 Stimmen einen Beschluß zu gunsten der Fortdauer des Streiks gefaßt.

In Kiel werden im Laufe des Frühjahrs mehrere Gewerkschaften in eine Lohnbewegung eintreten. Forderungen, theils auf Arbeitszeit-Verlängerung, theils auf Lohnerhöhung lautend, haben gestellt: Klempner, Lötter, Tischler und Maurer. Die auswärtigen Fachgenossen werden ersucht, hiervon Notiz zu nehmen.

In Elmshorn haben die Maurer und Zimmerer sich mit den Meistern dahingehend geeinigt, daß während der Periode 1897/98 der Stundenlohn auf 45 Pf. erhöht wird. Die Bau- und Hilfsarbeiter stellen ebenfalls Forderungen. Neben anderem verlangen sie dieselbe Arbeitszeit wie die Maurer sie haben, 35 Pf. Stundenlohn, 40 Pf. für Ueberstunden u. s. w., Auszahlung des Lohnes am Sonnabend, und zwar wöchentl. auf dem Bau.

Die Maler Neumünsters in Schleswig-Holstein haben ihren neuen Lohnarif nunmehr auch von dem letzten Meister bewilligt erhalten, der sich bisher noch geäußert hatte.

In Oagen streiken die Farmer des Gutszahlwerkes Gelsenkirchen. Zugang ist fernzuhalten.

Die Holzarbeiter Bielefelds beschloffen, den Meistern folgende Forderungen vorlegen zu lassen: 9 1/2 stündige Arbeitszeit, Sonnabends eine Stunde eher Feierabend ohne Lohnabzug; 82 Pf. Minimallohn pro Stunde; 15 pCt. Lohnzuschlag auf diejenigen bisherigen Löhne, bei welchen durch den Zuschlag der Minimallohn überschritten wird; bei jeder Allorarbeit muß der Verdienst mindestens dem vereinbarten Stundenlohn entsprechen; Sonntagsarbeit und Ueberstunden müssen mit einem Zuschlag von 10 Pf. bezahlt werden; vor den vier hohen Festtagen um 4 Uhr Feierabend ohne Lohnabzug; Abschaffung von Kost und Logis beim Meister; Anschaffung von Lohnbüchern; die Vereinbarungen sind in den Werkstätten auszuhängen; der Lohnkommission muß das Recht gestattet sein, die Werkstätten auf Ausübung der Vereinbarungen zu kontrollieren; der Lohn ist auf der Werkstätte und zwar freitags vor Feierabend auszu zahlen; Anerkennung des Arbeitsnachweises der Gewerkschaft.

Die Meister sind gebeten bis 1. April ihre Entscheidung zu treffen.

Der Zimmerstreik beim Rheinbrückenbau in Düsseldorf hat mit Bewilligung der Arbeiterforderungen geendet.

Eine Konferenz der Zimmerer Thüringens ist von deren Agitationskommission auf den 1. Osterfeiertag nach Altenburg in den Gasthof zum „Goldenen Löwen“ einberufen. Veranlassung zu der Konferenz sind der Tod des bisherigen Vorsitzenden der Kommission und die Löhndifferenzen, die infolge der erbärmlichen Lage der Zimmerer Thüringens ausgebrochen sind.

Die Dachdeckermeister in Gera und Umgegend legten ihren Personalen eine neue Arbeitsordnung zur Unterschrift vor, die, wie berichtet wird, die Arbeiter vollständig der Unwegs-freiheit berauben würde. Es wurde einmütig die Unterschrift verweigert, worauf Ründigungen erfolgten, was die Arbeiter veranlaßte, nun ihrerseits mit Forderungen vorzugehen. Diese Forderungen lauten: Zehnstündige Arbeitszeit (bisher 11 Stunden). Minimal-Stundenlohn von 40 Pf. für Gesellen und solche Hilfsarbeiter, welche den Gesellen ebenbürtige Arbeiten liefern, und 27 Pf. für Hilfsarbeiter; für Thürmarbeiter 50 Pf.; für Asphaltarbeiten 5 Pf., für Ueberstunden 10 Pf. und für Sonntagsarbeit 15 Pf. Zuschlag pro Stunde; Auflösung bei auswärtigen Arbeiten bis zu 5 Kilometer Entfernung 1 M., über 5 Kilometer 2 M. pro Tag; Kostengrößerei bei auswärtigen Arbeiten wird abgelehnt; Mittagspause 1 1/4 Stunde (bisher 1 Stunde); an den Tagen vor den 8 hohen Festen 2 Stunden früher Feierabend ohne Lohnabzug (bisher 1 Stunde mit Lohnabzug); menschenwürdige Behandlung; Verblindmachung der Meister, daß keine Maßregelungen statifänden. Bei 7 Dachdeckermeistern in Gera, 2 in Deutsch-Witz und 1 in Zwönitz ist die Arbeit eingestellt worden. Im ganzen feiern 25 Mann. Die Dachdeckergefehen Gera's und Umgegend sind gut organisiert; die Streikenden besitzen die Zustimmung ihres Verbandsvorstandes in Frankfurt a. M.

Aus Offenbach wird uns telegraphiert: Der Schuhmacher-Ausschuss hat begonnen. Die größten Fabrikanten lehnen Verhandlungen ab. Mehrere kleine Fabrikanten haben bewilligt; andere unterhandeln noch. Ausständig sind 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Zugang ist streng fernzuhalten.

Ausland.
In Schweden sind zwei große Bäckerei-Arbeiter-Streiks ausgebrochen. Die Meister von Göteborg und Christianstadt wollten den früher üblichen Naturallohn (Kost und Logis) wieder einführen. Die Gesellen fügten sich dem nicht, sondern legten die Arbeit nieder. Sie stellten nun folgende Forderungen: höchstens zwölfstündige Arbeitszeit; Ueberstunden sind mit 50 Oere pro Stunde zu bezahlen; alle Gesellen müssen Mitglieder des schwedischen Bäckerei-Arbeiter-Verbandes sein. Diese Bestimmungen sollen für beide Theile auf ein Jahr bindend sein, und zwar bei monatlicher Kündigung.

In St. Etienne in Frankreich haben die Bergleute die Arbeit niedergelegt, weil ihnen 25 Eis. (20 Pf.) pro Tag vom Lohn abgezogen werden sollten.

Der Streik der Gasarbeiter in Brüssel dauert, entgegen der Meldung der „Bl. Jg.“, unverändert fort. Allerdings ist es der Direktion gelungen, die Streikenden zum großen Theil zu ersezen. Viele dieser Reineingetretenen verlassen aber ihre Posten wieder, da sie der schweren Arbeit nicht gewachsen sind.

Ueber die Tage in Hamburg

wird uns geschrieben: Nachdem die Senatskommission die Erhebungen über die Verhältnisse in den Stauer-, Gewerkschaft-, Speicherei- und Schiffsmaler-Betrieben beendet hat, hielt sie am Dienstag eine gemeinsame Sitzung ab mit Vertretern der Quai-Arbeiter am Petersen-Quai, welcher vom Staat an die Hamburg-Amerika-Linie verpachtet ist, und Mitgliedern der Direktion der genannten großen Schiffsfabrik-Gesellschaft. Danach sollen die Seeleute an die Reihe kommen; der Vorsitzende derselben Stürmer, ist am Montag aufgefordert worden, die Vertreter der Seeleute der Senatskommission namhaft zu machen. Folgende Branchen sind bisher noch nicht eingeladen: Staatsquai-Arbeiter, Getreidearbeiter, Kohlenarbeiter (nicht zu verwechseln mit den Kohlenhauerleuten), Schiffsreiniger, Kesselreiniger und Maschinenisten. Von den 170 Mann, die bei dem großen Krawall am 6. und 8. Februar von der Polizei festgenommen worden waren, befinden sich nur noch 9 Mann in Haft und auch von diesen wird wahrscheinlich der größte Theil noch auf freien Fuß gesetzt werden. Ursprünglich waren etwa 60 der Verhafteten des qualifizirten Landfriedensbruchs beschuldigt.

Soziales.

Die Heimarbeit und ihre Regelung in Oesterreich behandelt Dr. Stephan Bauer in dem Archiv für Soziale Gesetzgebung und Statistik. Der von der Regierung ausgearbeitete Entwurf verfolgt den Zweck, die Heimarbeit für das Kleinergewerbe unschädlich zu machen. Es handelt sich also viel weniger um Arbeiter, als um Meisterschutz. Gegen die Halbsheiten dieser Regelung der Heimarbeit, die vornehmlich den Schutz des gewerblichen Besitzthandes beabsichtigt, die soziale Lage der ausgebeuteten Heimarbeiter aber unberührt lassen will, richtet Dr. Stephan Bauer seine Kritik. Er giebt ein überschliches Bild der sozialen Lage der Arbeiter in den verschiedenen Hausindustrien. Eine Studienreise in den Bezirk Mährisch Tröbau, in dem ein Drittel hausindustrielle Weberei ist, lieferte Ergebnisse, die dem schlesischen Webereisand gleichkommen. Der Pfarrer eines Ortes macht auf eine Nachbargemeinde aufmerksam, wo ein Häufel der Bewohner Brantweinbrauer, wo Bluthunde und Nothnuch heimisch seien, und wo man nicht mehr Essen kocht, sondern aus ausgehüllten Broten „Brantwein“ löfzelt. Auf die Frage nach der Religiosität der Bewohner erwidert der Pfarrer, die Leute hörten, wenn überhaupt, der Predigt stumpfsinnig zu. — hier sei jedes Wort verloren. Der Verfasser schreibt: „Wer nach solchen Bildern des menschlichen Elends von der Erhaltung der nationalen Hausindustrie schwärmen hört, muß sich unwillkürlich fragen: welche häuslichen Sitten will man hier konserviren?“

Aufgrund der Beobachtung des wirklichen Lebens wünscht der Verfasser eine Regelung der Heimarbeit, die nicht in bloßen polizeilichen Maßregeln zum Schutz der Handwerker bestehen soll, sondern wirtschaftlich weit gehende Reformen, die sich zur fruchtbringenden Anlage der Arbeitskraft des ganzen Volkes eignen. In der Schaffung geordneter Verhältnisse können nach Ansicht Dr. Bauer's schon vorher der Staat und die öffentlichen Korporationen bei der Vergebung von Arbeiten vorangehen. Als weitere Schutzmaßregel wird angeregt, dem Bestehen der Landwirthe, gewerbliche Arbeit ihrer geschlossenen Wirtschaft einzuverleiben, durch eine Reform des

Gefundmefens entgegen zu arbeiten; die Entwicklung zur Fabrikunternehmung soll durch Registrirungs- und Werkstättenzwang beschleunigt werden; da, wo im Kundenhandwerk der Arbeitsmangel zur Heimarbeit führt, muß die Quelle der Heimarbeit, die Arbeitslosigkeit verstopft werden; die Vorsorge für nicht gesundheitswidrige Betriebsstätten soll durch die Aufnahme wirksamer Bestimmungen in die Bauordnungen und durch den Bau von Arbeiterwohnungen gründlich getroffen werden. Der eigentliche Betriebs-, Verkehrs- und Arbeiterschutz, sowie die Hintanhaltung von Verkürzungen seitens der Zwischenunternehmer kann nach Dr. Bauer's Ansicht nur so durchgeführt werden, daß nicht bloß die Unternehmerverantwortlichkeit von Faktor und Verleger festgelegt, sondern daß die Beobachtung von Schutzvorschriften auch den Organisationen der Heimarbeiter zur Pflicht gemacht wird; ein Stab von Handwerks- und Heimarbeits-Inspektoren hätte vor allem als Instruktor und Organisator zu fungiren. Ebenso wären wirksame Vorschriften über Lohnauszahlung, Abzüge, Verbot der blinden Afforde und Bekanntgabe der Lohnariffrage, das Verbot der Kumulirung (Anhäufung) von Faktorei- und Schankgewerben leicht zu erlassen. Für die Hauptfragen des Arbeiterschutzes: Einschränkung der Ueberarbeit, namentlich der Kinder, jugendlicher Personen und Frauen, Herstellung hygienischer Arbeitsräume, die organisatorischen Fragen der Hebung des wirtschaftlichen Lebens und der Eröffnung von Arbeitsgelegenheit sehen nach Ansicht des Verfassers in Oesterreich ein viel eingehenderes Studium der Heimarbeiter-Verhältnisse voraus, als es ihnen bisher zu theil geworden ist.

Handeldreisende in der Schweiz gab es 1896 19 667 (1895: 19 118), wovon 4496 ausländische. Die Taxen für die Ausweisaktoren ergaben eine Gesamtentnahme von 234 350 Fr.

Die neunstündige englische Arbeitszeit ohne Lohnreduktion ist in Kaiserslautern in der neuen Eisen- und Metallhütte von Lindla eingeführt worden. In den übrigen Betrieben Kaiserslauterns wird zum theil noch elf Stunden gearbeitet.

Die Wahlen in Oesterreich.

Gestern fand die Wahl in Triest statt. Gewählt wurde nach einem überaus heftigen und erregten Wahlkampf der italienischen Kandidat Dr. Fortis mit 14 109 von 25 115 abgegebenen Stimmen. Am Wahltag erhielt die „R. Fr. Pr.“ aus Triest folgende telegraphische Meldung:

Der Andrang zu den Wahlen ist ein enormer. Bis 10 Uhr hatten bereits mehr als 11 000 ihr Wahlrecht ausgeübt. Die Agitation wird fortwährend in feierlichster Weise betrieben. Gestern Abend ereigneten sich vor dem Café Chiozia lärmende Demonstrationen zwischen Italienern, Slaven und Sozialisten. So wurden mehrere Steine geworfen, plötzlich trachte ein Revolverkugeln. Es wurde der 15jährige Schullehrer Jananton verhaftet. Derselbe erklärte, den Revolver von einem Unbekannten erhalten zu haben. Im Laufe der Nacht wurden viele Verhaftungen vorgenommen, die Verhafteten jedoch wieder freigelassen.

Eine schwere moralische Niederlage erlitten die frommen und christlichen Antisemiten am Tage vor der Wahl in Wien. Wir haben schon öfter hervorgehoben, daß die würdigen Christlich-Sozialen den Kampf gegen unsere Partei mit den perfiden Waffen der Verleumdung führten. Einen dieser Fälle brachten unsere Genossen zur richterlichen Entscheidung. Der Landtags-Abgeordnete und frühere Reichstags-Abgeordnete Schneider hatte von Nemeo, dem sozialdemokratischen Gegenkandidaten Lueger's, behauptet, daß er früher als antisemitischer Agitator fungirt habe und nur wegen besserer Bezahlung zu den Sozialdemokraten übergegangen sei. Ehren-Schneider wagte nicht, an Gerichtsstelle zu erscheinen. Das Ergebnis der Gerichtsverhandlung war, daß die ganze Geschichte vom ersten bis zum letzten Worte erstunken und erlogen war, sodas Schneider, dieser erste Wortführer der Christlich-Sozialen, zu einem Monat Arrest verurtheilt wurde.

Am Dienstag wählten und zwar in direkter Wahl die fünf Wiener Wahlbezirke, ferner die weiteren vier niederösterreichischen Wahlkreise St. Pölten, Krems, Korneuburg und Wiener Neustadt, die Stadt Brünn mit den umliegenden Gerichtsbezirken, ferner in indirekter Wahl die übrigen mährischen Wahlkreise Jglnau, Znaim, Ungarisch-Grabisch, Malachisch-Meseritz, Dimah und Schönberg, die beiden schlesischen Wahlbezirke Troppau und Teschen, endlich die beiden je einen Wahlkreis bildenden Provinzen Kärnten und Salzburg.

Ueber das Wahlergebnis, das der Größe der Bezirke wegen heute noch nicht vollständig vorliegen kann, erhalten wir bis zum Schluß des Blattes folgende Privattelegramme:

Den zweiten schlesischen Wahlkreis Teschen haben wir glänzend erobert. Gewählt ist der von dem internationalen Bergarbeiter-Kongress zu Berlin den hiesigen Genossen bekannte Bergmann Peter Singer.

Aus Wien wird uns telegraphirt: Die heute stattgefundenen Wahlen in Nieder-Oesterreich, Mähren, Schlesien und Salzburg brachten der Sozialdemokratie nur spärliche Erfolge. In Wien drangen infolge ganz unglücklicher Wahlmißbräuche die Antisemiten in allen Bezirken durch. Die Sozialdemokraten blieben mit 2000 bis 3000 St. überall in der Minorität. Das Resultat, das jedermann geradezu überrascht, ist einer Wahlkorruption entsprungen, wie sie in derartigen Umfange in solcher Unverfrorenheit und Schamlosigkeit in einem Kulturlande einfach unmöglich ist. Lueger hat, von oben unterstützt, in Wien polnische Wahlen gemacht. Die Zahl der für die sozialdemokratischen Kandidaten abgegebenen Stimmen ist ca. 80 000. Gewählt wurde in Nieder-Oesterreich Fernerstorfer, in Schlesien Singer, in Mähren Verner und Rieger. Die übrigen Resultate sind noch unbekannt.

Am Mittwoch finden die Wahlen der allgemeinen Wählerklasse in Krain, Görz und Gradiska und Friaun statt. Jede dieser drei Kronländer bildet nur einen Wahlkreis. Aussichten bei diesen Wahlen hat unsere Partei nicht.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Triest, 9. März. (W. G.) Bei einem Wortwechsel, der sich um Politik drehte, ist der 29jährige Arbeiter Gasparovich von einem bisher noch nicht ermittelten Manne ermordet worden.

Paris, 9. März. (W. T. B.) Die Regierung hat das Verbot vom 9. Februar, welches von Judien kommende Schiffe das Anlaufen von Marseille absolut verbietet, aufgehoben.

Paris, 9. März. (W. T. B.) Senat. Im Laufe der Vertagung des Marine-Staats erklärt Marineminister Besnard, der Stand der Flotte sei gegenwärtig gut, die Flotte brauche aber Verstärkungen, besonders im Norden, denn die Fortschritten der Gegner müsse nachgeeeirt werden. Regierungskommissar General Darogne erklärt, die Umwandlung der Geschütze alten Modells in Schnellfeuergeschütze führe zu ausgezeichneten Ergebnissen. Mit diesen Geschützen könnten mindestens sieben Schiffe in der Mante abgegeben werden. Außerdem werde die Marine nächstens über Geschütze starken Kalibers verfügen, mit denen viermal so schnell gefeuert werden könne, als mit den jetzt im Gebrauch befindlichen. Alle gegenwärtig benutzten Geschütze seien ausgezeichnet, nach seiner Ueberzeugung seien die französischen Geschütze denen des Auslandes überlegen. (Weisung.)

Athens, 9. März. (Meldung der „Agence Havas“.) Der griechische Bizekonsul mit seinem Personal und alle hier weilenden griechischen Zeitungskorrespondenten haben sich heute Nachmittag eingeschifft, um Kreta zu verlassen. — Major Bor weigert sich, die Entscheidung betreffend die Entlassung der internationalen Gendarmerie anzuerkennen, und erklärt, er verlange einen Grade des Sultans. Der Zwischenfall wird hier lebhaft besprochen.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission setzte am Dienstag die Debatte über die vom Staatssekretär des Marineamts vorgelegte Denkschrift fort.

Abg. v. Kardorff (Rp.) legt einen großen Werth auf den Flotten-Gründungsplan vom Jahre 1873.

Abg. v. Leipziger (L.): Ueber die Stellung meiner Freunde sind mehrfach unrichtige Auffassungen in der Presse entstanden.

Abg. Bachem (Z.): Man könnte die Stellung des Herrn Hammacher und des Herrn v. Holstein nur so verstehen, daß man sich allgemein sehr zustimmend zu den Forderungen verhält.

Abg. v. Zajączkowski (Po): Die polnische Fraktion hat eine Stellung eingenommen zu den Marineforderungen, die bei den Deutschen vielfach Befremden erregt hat.

Abg. G. Galler (Süd. Wp.): Im Kriegsjahre bringt uns die Flotte keinen Ruhm; unsere Stärke liegt im Landheer.

Abg. v. Solimar (Soz.): Ich sehe keine Veranlassung, in diesem Stadium der Debatte auf Einzelheiten einzugehen.

Abg. v. Berner schließt sich der Erklärung des Herrn Hammacher an. Er glaubt, daß das, was die Regierung fordert, sich in den Grenzen des Nothwendigen hält.

Abg. Hammacher: Unsere Flotte genügt nicht zur Vertheidigung des Landes. Ich vergegenwärtige mir die traurige Folge und die Opfer, die eintreten würden bei einem Krieg und betrachte es demgegenüber als eine Pflicht des Patriotismus, die Opfer zu bringen, die uns vor solchen Gefahren schützen.

Abg. P. Pachnicke (Fr. Wg.): Zu der Denkschrift nehme er vorläufig keine Stellung, seine Partei binde sich nicht für die Zukunft, sondern wird jede einzelne Position prüfen.

Staatssekretär v. Posadowsky bemerkt auf die auch vom lekten Redner angeregte Frage, wie er sich zu den Marineforderungen stelle, daß das Reichsschatzamt bisher gar keine Veranlassung hatte, sich mit der Frage zu beschäftigen.

Staatssekretär v. Holimann polemisiert gegen den Abg. Richter und geht dabei ausführlich auf einige Detailfragen ein.

Abg. Lieber vergleicht die Denkschriften von 1867, 1873 und die gegenwärtige. Er kommt zu der Auffassung, daß die

Denkschrift aus dem Jahre 1873 die Idee eines Hochseefrieges gegen-über der Denkschrift von 1867 fallen ließ. Die finanzielle Belastung des ordentlichen Staats budget auf das doppelte steigen.

Abg. Richter: In keinem Ressort tritt die unersättliche Gier der Regierung so hervor, wie im Marine-Amt. Von der Denkschrift haben, so kann man annehmen, Herr v. Posadowsky und Herr v. Holimann vorher nichts gewußt.

Abg. Bachem (Z.) polemisiert gegen Holimann. Die Verschuldungspolitik haben Radikale und Sozialisten in Frankreich unterstützt. Der Papst hat die Republik nicht als die beste Staatsform anerkannt.

Abg. Hammacher (nat.) verbreitet sich über die finanzielle Frage und glaubt, daß bei dem günstigen Abschlusse des Etats in den letzten Jahren die Anforderungen gedeckt werden können.

Abg. Solimar: Der Herr Staatssekretär v. Holimann hat wesentlich auf Frankreich exemplifiziert und dabei Deutschland in so enge Parallele gestellt.

Abg. Pachnicke hat gemeint, von Plänen der Weltpolitik sei in Reichstag keine Rede; er vergißt, daß die Außenstehenden diese Stimmung stark beeinflussen und daß unsere Einwirkung auf das Parlament heute gering ist.

Nach einem Schlusswort des Referenten wurde die Debatte geschlossen. Nächste Sitzung am Mittwoch.

Genosse Webel ist wegen dringender anderweitiger Geschäfte auf einige Tage aus der Budgetkommission ausgeschieden und an seiner Stelle Schmidt-Berlin gewählt worden.

Die Unfallversicherungs-Novelle-Kommission benutzte den durch den Ausfall der Plenarsitzung freigewordenen Tag zur Berathung von 10 Uhr morgens bis gegen 5 Uhr nachmittags.

Die Anträge unserer Genossen, den Kranken- und freien Hilfsklassen das Recht zur Einleitung des polizeilichen Feststellungsverfahrens zu geben, die Kosten für den Vollmachtigten der Krankenkasse — nach einer Erklärung der Regierungsvorleiter soll dieser fortan nicht mehr ein für alle Male von den Krankenkassen gewählt sein müssen, sondern von Fall zu Fall gewählt werden können — der Berufsgenossenschaft aufzulegen, sowie bestimmte Sätze als Entschädigung einzuführen, ferner ein Antrag, zur Rentenfestsetzung eine Anzahl von Arbeitern heranzuziehen, gleichfalls ähnliche Anträge Hitze und Fischbeck, wurden abgelehnt.

Die Anträge, das Wiedererwerbungsverfahren zu erleichtern und die Berufsgenossenschaft von allem Formelkram loszulösen, wurden abgelehnt. Aber es soll nach der Vorlage künftighin die Berufung bei jeder Behörde rechtswirksam eingelegt werden können.

Eine Neu-Guinea-Vorlage wird nach kolonialfreundlichen Blättern den Reichstag in dieser Session noch einmal beschäftigen. Hoffentlich mit dem gleichen Erfolge wie beim letzten Male.

Lohnvereinbarung und Arbeitsordnung.

Ueber den rechtlichen Werth von Vereinbarungen, die zwischen Arbeitern und Fabrikbesitzern getroffen worden sind, lassen sich zwei Entscheidungen aus, welche kürzlich die Kammer VIII des Gewerbegerichts gefällt hat.

Der Firmen Probst und Kollin nicht. Der Gerichtshof legte indessen hierauf gar keinen Werth, vielmehr wies er die Klage auf folgenden Gründen ab: Da der Beklagte in seinem Betriebe in der Regel mehr als 20 Arbeiter beschäftigte, unterliege er den Zwangsbestimmungen der Gewerbeordnung über den Gehalt von Arbeitsordnungen (§§ 134a und folgende).

Die zweite Entscheidung ist die logische Konsequenz der obigen. In diesem Falle verurtheilte der Gerichtshof die Firma Reischle u. Co., den fünf Klägern den Wsptag zu bezahlen.

Auch hier handelte es sich um einen Fabrikbetrieb im Sinne des § 134a der Gewerbe-Ordnung. Maßgebend war für das Urtheil, daß in der geschnittenen am 1. Oktober 1896 in kraft getretener Arbeitsordnung ausdrücklich gesagt ist, die Festsetzung des Arbeitslohnes erfolge entsprechend den mit der Lohnkommission vereinbarten Bedingungen.

Die organisierte Arbeiterschaft wird aus diesen Entscheidungen lernen, wie sie sich in Zukunft bei Abmachungen mit Fabrikbesitzern zu verhalten hat.

Kommunales.

Der Stadtausschuss der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorberathung des Stadthaushaltsplans für 1897/98 hielt am Montag seine erste Sitzung ab.

Die im Parkal vorgesehene Belichtung des Wasserurzes in Wilhelmspark an einem noch zu bestimmenden Wochentage während der Betriebszeit hat der Ausschuss abgelehnt und den Etatposten von 25000 M. auf 18000 M. ermäßigt.

Die im Parkal vorgesehene Belichtung des Wasserurzes in Wilhelmspark an einem noch zu bestimmenden Wochentage während der Betriebszeit hat der Ausschuss abgelehnt und den Etatposten von 25000 M. auf 18000 M. ermäßigt.

Bisher ist in der geschäftlichen Behandlung von Kleinbahn-Projekten die Praxis geübt worden, daß das Königl. Polizeipräsidentium, bevor die Stadterhaltung in Verhandlungen über die gemäß § 6 des Kleinbahn-Gesetzes zu ertheilende Zustimmung eintritt, sich vorerst in prinzipieller Beziehung über das Projekt schlüssig macht.

Die Anträge, das Wiedererwerbungsverfahren zu erleichtern und die Berufsgenossenschaft von allem Formelkram loszulösen, wurden abgelehnt.

Zu Armenärzten sind von der Armendirektion gewählt worden: für die neu zu bildende Armenkommission 188b und 200a Dr. Robert Doppe, für die Armenkommission 202, 218a und 218b Dr. Richard Schulze, für die Armenkommission 22a, 22b, 22c, 23b der seit 1890 bereits als Armenarzt angestellte Dr. Remondowski.

Die Anträge, das Wiedererwerbungsverfahren zu erleichtern und die Berufsgenossenschaft von allem Formelkram loszulösen, wurden abgelehnt.

Tokales.

Der Prozentpatriotismus mit seinen lichtschenen Begleiterscheinungen nimmt aus Anlaß der 72 stündigen Centennarfeier allmählig einen Umfang an, der nimmere schon die Aufmerksamkeit des Polizeipräsidenten erregt.

Buchdrucker!

Sonntag, den 14. März, vormittags 11 Uhr,
in Keller's Festsälen, Koppenstr. 29:

Allgemeine Buchdrucker-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Der Tarif und die Tarifgemeinschaft. Referent: Ludwig
Rehhäuser, Redakteur des "Korrespondent". 2. Diskussion.
In anbeacht der interessanten Tagesordnung erlauben wir die
Kollegen um vollständiges Erscheinen.
Der Einberufer: Raffin.

Achtung! Rabitz-Poker.

Donnerstag, den 11. d. Mts., abends 8 Uhr,
im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.
Gr. öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion.
Kollegen! Ich fordere Sie auf, alle Mann zu erscheinen!
Der Einberufer.

Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands. (Zentrale Berlin.)

Donnerstag, den 11. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von
A. Neumann, Pasewalkerstr. 3.
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Kiesel über: Die
Charakterbewegung in England. 2. Diskussion. 3. Verbandangelegen-
heiten. 4. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwarten
Die Bevollmächtigten.

Allgem. deutscher Tapezieren-Verein.

Donnerstag, den 11. März cr., abends 8 1/2 Uhr,
bei Habel, Rosenthalerstr. 57.
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Gewerblichkeits-
u. Wahl der Ordensverwaltung.
Wäre haben Zutritt.
Um zahlreiches Erscheinen erlucht
Der Bevollmächtigte.

Klempner!

Donnerstag, den 11. März, abends 8 Uhr, in Cohn's Festsälen
(großer Saal), Bentzstr. 21. 1:

Oeffentliche Klempner-Versammlung.

Tages-Ordnung: Vortrag des Genossen Jahn über: Die politischen
und wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart. 2. Diskussion. 3. Ber-
richt des Vertrauensmannes und Neuwahl desselben. 4. Verschiedenes.
Es werden die Kollegen ersucht, recht rege für diese Versammlung zu
agieren.
Bei folgenden Kollegen stehen noch die Listen vom vorigen
Klempnerfreitag:

- Nr. 85: Vogel, Klempner, Vorderstr. 2, nach Angabe verloren gegangen.
 - Nr. 98: Kurz, Klempner, Gubenerstr. 12.
 - Nr. 176: Nagel, Klempner, Poststr. 18.
 - Nr. 288 und 289: Tomes, Klempner, Stromstr. 7 u. 3 Tr.
 - Nr. 292: Hollmann, Klempner, Weisenf. König-Chaussee 45b.
 - Nr. 312: Stein, Klempner, Rasthauer-Aller 29, arbeitet bei Kamey,
Teltoerstr.
- Zimmermann, Vertrauensmann, Forsterstr. 3.

Achtung! Putzer!

Donnerstag, den 11. März, abends 6 Uhr,
im Lokale Königsbank, Gr. Frankfurterstr. 117,
Gr. Oeffentl. Versammlung
der Putzer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Kommission über die Situation und
welche Maßnahmen haben wir zu ergreifen, um das weitere Sinken der
Preise zu verhindern. 2. Regelung der Streitunterstützung.
Es ist Pflicht eines jeden einzelnen Kollegen, in dieser Versammlung zu
erscheinen. Gleichzeitig werden die Kollegen, welche bis jetzt ihre Stimme
stillschweigend abgeben, ersucht, dieselbe in dieser Versammlung abzugeben.
Die Kommission.

**Warenhaus
A. Wertheim**
Mittwoch
den 10.
Donnerstag,
den 11.
Freitag,
den 12. März.
W. Leipzigerstr. 111
C. Rosenthalerstr. 26/29
S. Oraniensstr. 53/54

Versand v. Proben u. Preislisten Leipzigerstr. 111.

Portofreier Versand der neuen Ausstattungs-Preisliste.

Arbeiter-Bildungs-Schule.

Sonnabend, den 20. März

im Saale der
Brauerei Friedrichshain.

Eintrittskarte 50 Pfg. Beginn pünktlich 8 1/2 Uhr.

März-

Dichter-

Feier!

Einleitender Vortrag

über: „Die Märzdichter in
ihrer Bedeutung für die
deutsche Literatur und für
das arbeitende Volk“, ge-
halten v. Herrn Schriftsteller
Manfred Wittich aus
Leipzig.

Das Rauchen ist bis zum
Schlusse sämtlicher Vor-
träge nicht gestattet.

Während der einzelnen Vor-
träge werden die Saalthüren
geschlossen!

Rezitationen aus den Schöpfungen der Märzdichter (Heine,
Prutz, Herwegh, Freiligrath u. a.), ausgeführt von Herrn
Schriftsteller **Otto Ernst** aus Hamburg.
Gesangsvorträge: Kompositionen von Dichtungen der
Märzdichter, vorgetragen von Frl. **L. Marsala** (Sopran),
Herrn **Max Dietrich** (Bariton), Herrn **Woldemar
Sachs** (Klavierbegleitung), und von einem Männerchor.
Orgelkonzert, ausgeführt von Herrn **E. Hamann**.

Schmiede und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.

2 große öffentliche Versammlungen.

1. Mittwoch, den 10. März cr., abends 8 1/2 Uhr,
Alexanderstr. 27c.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Gwald. 2. Ab-
rechnung des Vertrauensmannes. 3. Berichterstattung des Gewerkschafts-
belegiten und Neuwahl desselben. 4. Verschiedenes. [170/5]

2., Sonntag, den 14. März, abends 5 Uhr,
Alexander-Strasse 27c.

Versammlung mit Frauen.
Tages-Ordnung: Vortrag: „Moderne Ehe.“ Referent:
H. Hoffmann. Nachdem: Gemüthliches Beisammensein mit
Tanz.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in beiden Versammlungen zu er-
scheinen.
Der Vertrauensmann.

Mechaniker, Uhrmacher!

Donnerstag, den 11. März 1897, abends 8 Uhr,
im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c,

Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten Herrn
Th. Weener: „Gleiches Recht für Alle.“ 2. Diskussion. 3. Ber-
schiedenenes. [118/13] Der Vertrauensmann.

Achtung! Schlosser.

Am Donnerstag, den 11. März, abends 8 Uhr, findet im
„Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c, eine
Konferenz der Werkstätten-Vertrauensleute der Schlosser
statt. In solchen Werkstätten, in welchen noch kein Vertrauensmann, werden
die Kollegen ersucht, einen solchen zu ernennen und zur Konferenz zu
entsenden. [118/12]
Paul Quast, Vertrauensmann der Schlosser, N.O., Söckelstr. 4.

Achtung! Der Wiener Maskenball des Gesangvereins
Männerchor Liederverein und Sparvereins Vor-
wärts findet nicht am 13. März, sondern
am 20. März in der Unionsbrauerei, Haisen-
haide 31--32, statt. [3126]

Bühne v. 2. u. 3. Thell. Frau Naturbutter 9 Pfd. netto 6 Mk.
Olga Jacobson, in ff. König 5 Mk. [1325]
balduinstraße 145. Zwickau, 32 Tüfte, Galizien.

Unterstützungsverein der Ampferschmiede Deutschlands.

Sonnabend, 13. März, bei Feind,
Bentzstr. 11:
Versammlung.
Vortrag. [99/5]

Möbel-Verkauf

Schützenstr. 2, paffendste Gelegenheits-
Verkauf. Verkauft ganz Wohnzeilein-
richtungen v. 100 bis 600 Mk., hochsteu bis
2000 Mk. Spiegel verkaufte ist gebraucht,
durch Gelegenheits angekauft, herabgesetzt.
Möbel u. Vorratwaren zu ganz billigen
Preisen, auch gebe ganze Wohnungs-
einrichtungen auf Abzahlung, Kleider-
Kleider mit Portagen 18, Küchen-
Küchen 10, Waschklosetts 18, Ruch u.
Wahngeschirren Kleider- und Wasche-
mit Kuchung 30, acht Ruchbaum-Träume-
es, Salon-Vermittlungen 75 Mk. an, Sene-
fodda mit Wäscheaufhängung 85 Mk. an,
Kontrollanten, Buffet, Salon-
Herrenschränke 60, Zimmerschränke
40, Ankleideschrank, englische Garderobe,
Kleider-Taschen, Garderobekleider,
langes, Küchenmöbel, Stühle, Spiegel,
alles ganz billig. Niemand sollte ver-
säumen, wenn möglichst bekannt große Lager
zu beschaffen. Dame Kaufmanns
Gebrauch Möbel werden 3 Monate folgen-
frei aufbewahrt, durch eigene Gespanne
in die Wohnung gebracht u. aufgestellt.
Verpackung frei!

Große Betten 12 Mt.

Defizit, Unterbett, 3 Kissen, mit
neuen, gereinigten Federn, bessere
15 u. 18 Mt., 1 1/2jährige 18,50,
20, 24 Mt. mit geschliff. Federn.
Gutes Zauennbett nur 27 Mt.
empfehle und verleihe unter
Rücknahme die Bettenfabrik von
D. Feibel,
Berlin N.,
Chausseestr. 111.
Preislisten frei!

Möbel,

Spiegel u. Polsterwaren
restl. zu solchen Preisen, empfehle
H. Strelow, Tischlerstr.
Rixdorf, Richardstraße 116.
am Zentral.

Die glückliche Geburt eines gesunden
Mädchens zeigen hiermit an
Paul Abromelt
nebst Frau.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten
hiermit die traurige Nachricht, daß
unser lieber Mann, Vater und Sohn,
der Restaurateur

Ernst Raschke
Brunnenstr. 52 [322b]
am 8. d. M., 8 Uhr vormittags, sanft
entschlafen ist. Die Beerdigung findet
am Donnerstag, den 11. d. M., nachm.
3 1/2 Uhr, von Trauerhalle aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Statt besonderer Nachricht!
Allen Verwandten, Freunden und
Bekanntem die traurige Nachricht, daß
Sonntag Vormittag 10 1/2 Uhr meine
liebe Frau, unsere gute Tochter,
Schweiter und Schwägerin

Martha Grassmann
geb. Poppe [321b]
nach langem Leiden sanft entschlafen
ist. Um hiesige Bekannte bitten
Schöneberg, den 9. März 1897.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Herrn Großvater, Wilm. Poppe,
Minna Poppe, Friedr. Poppe,
Die Beerdigung findet am Mittwoch
Nachmittag 4 1/2 Uhr von der Leichen-
halle des Neuen Schönberger Kirch-
hofs in der Raystraße aus statt.

Für die vielen Beweise herzlicher
Theilnahme u. die zahlreichen Blumen-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, unseres guten Vaters
und Bruders, des Restaurateurs

Christian Sauer mann

sagen wir allen Freunden, Verwandten
und Bekannten, sowie dem Verein der
Berliner Weißbierwirthe, den Gesangs-
vereinen „Orpheus“, „Columbia“,
„Liederverein“, „Deutsches Lied“,
unsern tiefgefühlten Dank. [3106]
Die trauernden Hinterbliebenen.

Aug. Krause 80, Wienerstr. 13,
Blumen-Geschäft
u. Kranzbinderer. Vereins-
fräule mit Bildung in bester Aus-
führung zu billigen Preisen.

Carl Bock,
Kranzbinderer,
Königsbergerstr. 20.
Vereinsfräule mit Bildung in bester
Ausführung zu billigen Preisen.

Kränze,
Gutlanden empfiehlt [11402]
F. Jacobitz, Koppenstr. 46.

Patentamtlich geschützt ist
Koska's Lebens-Elixir.

Dieser wohlschmeckende, den Appetit
anregende u. die Verdauung befördernde
Tafel-Liqueur ist nach Kräutern und
Süßholzwurzeln genau nach Vorschrift des
im Alter von 114 Jahren ver-
storbenen Fürstbischofs Chr. Koska
zubereitet. Kogenleidenden sehr zu
empfehlen. Preis pr. Literflasche
1.50 Mk. ertl.

Groß-Dezilation Berlin C.
Lettau & Keil,
Sophienstr. 12, an der Rosenthalerstr.

11 Tage auf Probe
versende ich per Nachnahme unter
Garantie für Wert u. lebende Kanarij

hochf. Kanarienvoller

ohne Feder mit sehr schönen Tönen
zu 10, 12 und 15 Mark. Abnahme
von 3 Stück 25, 30 und 36 Mark.
Gute Qualität. Welchen v. 2 Mark.
Bei Nicht-Zufriedenheit nehme ich die
Sägel innerhalb 14 Tagen zurück.
Anfragen mit Rückporto an 1260L.
L. G. Müller, Vogelgeschäft,
Nordhausen.

Schuhwaren

Damen-Zugstiefel, Rossleder 3,75 Mk.
mit Lackblatt 4 und 4,50 Mk.
Damen-Knopfstiefel, Rossleder 4,75 Mk.
mit Lackblatt 5 Mk.

Damen-Knopfstiefel,
Rossleder 7 Mk., Kalbleder, 7,25 Mk.
genarbt
Knaben-Zugstiefel,
Rossleder 4,75 Mk.

Reinleinene Taschentücher, weiss, gesäumt, Dtz. 3,80 und 5,20 Mk.

Engl. Batisttücher, weiss, mit Hohlsaum, Dtz. 3,30 Mk.

Einsegnungs-Taschentücher Batist, mit Spitze, Stck. 25, 38, 45, 60 Pf., Batist, mit Stickerei, 35 u. 40 Pf.

Stickereien, Stücklänge 4 bis 4 1/2 Meter, Stück 25 Pf. bis 2 Mk.

Glacé-Handschuhe für Damen, 4 Knopf, farbig, 1,15 Mk.